

Überbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebenspaltenstelle oder deren Raum 180 Mq., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Mq., Reklamen 600 Mq. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 60.

Sonnabend, den 12. März 1921.

28. Jahrgang.

Englands Arbeiter gegen Lloyd George

Lloyd George stellt im Unterhause mit, daß die Gesetzesvorlage betreffend die fünfzigprozentige Abgabe auf deutsche Einfuhrwaren morgen im Unterhause eingebracht werden solle. Es sei sehr wichtig, das Gesetz so bald wie möglich in Kraft treten zu lassen. Je schneller dies geschehe, um so bessere Ergebnisse würden erzielt werden. — Lord Robert Cecil erklärte, England sei verpflichtet, seine Unterschrift unter dem Versailler Vertrag in Ehren zu halten. Wenn irgendwelche Veränderungen geschehen sollten, so könne dies nur mit der freien und vollen Zustimmung aller Mitunterzeichner des Vertrages erfolgen. Die Zeit für eine Änderung des Vertrages, wenn überhaupt eine solche stattfinden sollte, sei nach seiner Ansicht noch nicht gekommen.

Sir Edward Carson sagte, es müsse den Miturtern und den Deutschen vollkommen klar gemacht werden, daß der Versailler Vertrag bestehen bleiben müsse und nur durch alle Unterzeichner des Vertrages abgeändert werden könne.

Clynes erklärte, die Ansicht der Arbeiterpartei sei, daß keineswegs alle Mittel erschöpft wurden, um eine Lösung auf dem Wege eines Uebereinkommens zu erreichen. Die Arbeiterpartei sei der Ansicht, daß die Anwendung von Sanktionen wahrscheinlich die fürchtbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands nur noch erhöhen werde. Nur durch die Wiederherstellung des normalen Handels in Europa könne der Wunsch, Deutschland zahlen zu lassen, verwirklicht werden. Die bisher angewandten Maßnahmen machten Deutschland unfähig zu zahlen, und durch die in der Reparationsfrage von den Alliierten befolgte Politik werde dem Empfänger größerer Schaden zugefügt, als dem zahlenden Teil. Unter dem Beifall der Opposition fragte Clynes, wieweil von diesen letzten Beschlüssen auf Rechnung Frankreichs, und wie wenig davon auf Rechnung Englands komme. Clynes forderte Aufschluß darüber, weshalb die Regierung keine Schritte getan habe, um einem von den beiden deutschen Vorschlägen zuzustimmen. Er stimme nicht mit Lloyd George darin überein, daß der Vorschlag mit Bezug auf Oberschlesien es unmöglich gemacht habe, eine vorläufige Regelung in Betracht zu ziehen. Die gesamte Lage bezüglich Oberschlesiens sei das stärkste Argument zugunsten einer vorläufigen Regelung. Deutschland wisse nicht, was sein Schicksal betrefte seines Gebiets, seiner Bevölkerung und seiner Macht sein werde, und dies sei der stärkste Grund dafür, daß augenblicklich keine drastischen militärischen Maßnahmen getroffen werden dürften. Für die bisherige Verzögerung seien die Alliierten zum Teil selbst verantwortlich. Hätte Lloyd George nicht warten können, als die Deutschen um eine weitere Woche bitten? Die Verantwortung für die bisherigen Schritte habe jetzt die Regierung zu übernehmen, und er befürchte, nach sechs Monaten werde man bedauernd erklären, daß es unmöglich gewesen sei, das Geld in dieser Weise einzutreiben, und daß sich die militärischen Maßnahmen als wirkungslos erwiesen hätten.

Lloyd Georges führte aus, die Rede von Clynes könne nur den praktischen Erfolg haben, daß der Widerstand Deutschlands gestärkt werde. Es sei wirklich keine übermäßige Forderung, daß Deutschland in den nächsten beiden Jahren hundert Millionen Pfund plus zwölf Prozent seiner Ausfuhr bezahle. Lloyd George erklärte mit Bezug auf die Frage, weshalb der zweite deutsche Vorschlag nicht angenommen worden sei, er sei davon abhängig gemacht worden, daß Oberschlesien deutsch bleibe. Die Deutschen wären später zurückgekommen und hätten erklärt, es tue ihnen sehr leid, aber ein Dorf in Oberschlesien sei an Polen übergegangen. (1) Für einen Fall wie Oberschlesien sei der zwölfprozentige Ausfuhrzoll eingeführt. Denn wenn sich der Gebietsumfang Deutschlands vermindere, so gehe auch der Ausfuhrzollbetrag, den Deutschland zahlen müsse, herab. Es handle sich weder um eine englische, noch eine französische Regelung, sondern um eine Regelung der Alliierten.

Mit Bezug auf die Zahlung von 50 Prozent des Wertes eingeführter deutscher Waren an das Schahamt erklärte Lloyd George, wenn die deutsche Regierung es ablehne, die deutschen Lieferanten zu entschädigen, so tue sie dies auf eigene Gefahr, da sie dann riskiere, den deutschen Handel zu verlieren. Es sei im Interesse Deutschlands und der ganzen Welt, daß Deutschland seine wirtschaftliche Wohlfahrt wiedererlange. Ein verarmtes, hungriges, verärgertes Mitteleuropa würde eine Gefahr für Europa und die Welt sein. Es könnte keine größere Gefahr bestehen, als wenn die hundert Millionen Einwohner Deutschlands und Oesterreichs zur Verzweiflung getrieben würden. Es seien hochentwickelte und fähige Völker, und er sei der Letzte Mann in der Welt, der irgend eine Aktion ergreifen würde, um eine Nation von dieser Art zur Verzweiflung zu treiben. Deutschland muß verstehen, daß die Alliierten wollen, daß es bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahle. Wenn Deutschland auf die Konferenz gekommen wäre, wie er wirklich gehofft habe, daß es dies tun würde, und gesagt hätte: „42 Jahre sind zu lang und bedeuten Armut und Sklaverei von Generation zu Generation und wir müssen unseren Kindern wieder Hoffnungen geben, daß sie die Lasten los werden, unter Wolk wird daher große Opfer bringen. Wir wollen die Jahreszahlungen so neu ordnen, daß wir den Zeitraum abfürzen können.“ Das wäre nicht nur im Vorteil Deutschlands, sondern auch in unserem eignen Interesse gewesen. Was taten sie aber? fragte Lloyd George. Erst ging zu Ende und nach einem Ultimatum kamen sie mit fünf Jahren und vorausgesetzt, daß Schlesien nicht gegen sie stimmte.

Dabei war keine Andeutung, kein Nachweis einer Zahlung, und wie konnten wir unter diesen Umständen sagen, daß die Grundlage für eine Regelung zwischen uns bestehe? Dies war unmöglich.

Ich gehe kein Zota von der Haltung zurück, die ich neulich eingenommen habe, nämlich, daß ich lieber ein Uebereinkommen haben möchte, als einen Sieg über Deutschland. Ich glaube, wenn Deutschland begreift, daß die alliierten Mächte und die alliierten Völker ohne Ausnahme beabsichtigen, gerecht und billig mit ihm zu verfahren, jedoch auch entschlossen sind, fest gegenüber Deutschland aufzutreten, wird es zu einem viel besseren Abkommen kommen, als wenn es ermutigt worden wäre zu glauben, daß wir in unseren Ansichten geteilt sind.

Sir Donald MacLean sagte, es sei eine wahre Katastrophe, daß die Armen wieder in Bewegung gesetzt seien. Es müsse ein Ausweg gefunden werden. Angenommen, ein neues Angebot komme von Seiten Deutschlands, die ganze Frage neu aufzurollen, bestehe dann eine Aussicht für einen neuen Anfang?

Hierauf erwiderte Lloyd George: Es hat keinen Zweck, Verhandlungen unbestimmt zu beginnen, ohne zu wissen, was Deutschland vorschlagen wird.

Wodurch Ben erklärte, England dürfe nicht von Frankreich ins Schleppland genommen werden, das nicht wolle, daß Deutschland wiederhergestellt werde.

Der Arbeiterführer Thomas sagte: Indem die Arbeiterpartei nichts tun würde, um die Regierung in ihrer schwierigen und heißen Aufgabe zu hindern, übernehme sie keine Verantwortung für die Politik, die jetzt befolgt werde.

Chamberlain erklärte, die öffentliche Meinung in Deutschland und die von den deutschen Vertretern auf der Konferenz vor ihrer Abreise aus Deutschland gehaltenen Reden forderten die Grundlagen des Friedensvertrages, nämlich die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg und die Zerstörung, die es angerichtet hat, heraus. Wenn die Deutschen einsähen, daß sie ihren Verpflichtungen nachkommen müssen, und wenn sie versuchten, sie zu erfüllen, dann könnten sie kommen und die Alliierten bitten, diese oder jene Bedingung zu erweichen, und dann würden sie auch angehört werden. Aber es sei zwecklos, den Deutschen Zeit zu gewähren, wenn die Zeit nur zur Verschleppung benutzt werde. Der Friedensvertrag muß erfüllt werden. Deutschland muß bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen, und wenn wir dies nicht erreichen können, dann würde das Unrecht triumphieren, und unser Sieg wäre umsonst gewesen.

Stinnes gegen Simons.

Verfassungsgemäß sind die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses im Reichstag vertraulicher Natur, es sei denn, daß die Zulassung der Öffentlichkeit ausdrücklich beschlossen wird. Seit Donnerstag tagte der Auswärtige Ausschuh unter dem Beifall der Vertraulichkeit, um von dem Reichsaußenminister Dr. Simons einen Rechtfertigungsbericht über die Londoner Konferenz entgegenzunehmen. Aber trotz dieser Vertraulichkeit konnte die Berliner Morgenpresse vom Freitag schon vereinzelte Angaben über die Debatte im Auswärtigen Ausschuh machen. Am Freitag vormittag wurden die Verhandlungen fortgesetzt, und schon am Abend waren in der bürgerlichen Presse nicht nur Einzelheiten, sondern sogar ein abgeschlossener Bericht über die verteilte Besprechung zu finden. Dieser Mißbrauch der Vertraulichkeit zeugt nicht nur von der Taktlosigkeit bürgerlicher Abgeordneter, sondern auch von einer sonderbaren Auffassung gewisser bürgerlicher Journalisten, die sich zweifellos äußert aufgeregt gebärdet hätten, falls andere Blätter und nicht das ihrige in den Besitz des Berichtes gelangt wären.

Da die Beratungen des Auswärtigen Ausschusses der Öffentlichkeit nun einmal mitgeteilt sind, sehen wir auch weiterhin keinen Anlaß, die Kernpunkte der Besprechung unsern Lesern vorzuenthalten.

Schon in der Donnerstags-Sitzung mußte sich Simons gegen die Angriffe der verschiedensten Parteien verteidigen. Am Freitag vormittag begann er mit einer ausführlichen Rechtfertigungsrede, die Stinnes auf den Plan rief. Die Absichten von Stinnes, die auf den Sturz des Reichskabinetts hinauslaufen, haben schon in den letzten Tagen oft Erwähnung gefunden. Die festen Anhaltspunkte, die für diese Erwähnung bisher nicht direkt gegeben waren, hat Stinnes nunmehr in der Freitagssitzung des Auswärtigen Ausschusses selbst geliefert, indem er der Regierung offen den Kampf ansagte. Er warf dem Reichskabinet vor, keine klare und zielbewusste Politik zu verfolgen und einen großen Mangel an Ideen in den letzten Wochen gezeigt zu haben. Der schroffe Ton des Kohlenkönigs Stinnes veranlaßte den Reichsaußenminister zur nachmaligen Rechtfertigung.

Simons machte den Angreifer darauf aufmerksam, daß er nicht der „junge Mann“ von Stinnes sei. Die Vorwürfe wegen der zwei Gegenvorschläge entkräftete Simons durch den Hinweis auf die hohe Formulierung des zweiten Angebots, das der Gegenseite nicht eine Handhabe hätte bieten können, ohne daß sie bedeutende Zugeständnisse machte.

Von anderer Seite mußte Simons auch mehr oder weniger Vorwürfe anhören. Wenn auch der allgemeine Eindruck dahin geht, daß im Augenblick keine Simonskrise und somit keine Regierungskrise entstehen wird, so erscheint es uns doch höchst zweifelhaft, ob der Reichsaußenminister auf die Dauer den Druck des Kohlenkönigs Stinnes ertragen wird. Schon heute setzte Stinnes alle Hebel in Bewegung, um Dr. Simons unmöglich zu machen. Wie weit Simons dem gewachsen ist, bleibt vorläufig abzuwarten.

In der zweitägigen Tagung des Auswärtigen Ausschusses haben Vertreter sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten das Wort genommen. Wir sind überzeugt, daß der kommunistische Redner während der Debatte im Plenum des Reichstages desto lauter sprechen und den Mund um so voller nehmen wird. Hier wie überall dasselbe Schauspiel. Die Kommunisten verzichten bei den wichtigsten Beratungen auf eine sachliche Mitarbeit, aber bestehen darauf, immer dieselben Agitationsreden zum Fenster hinaus zu halten.

Gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien.

In der heutigen Sitzung des Reichstages werden alle Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung abgeben, die vom Zentrumsabgeordneten Trimborn verlesen werden wird. Für die Deutschnationalen wird Graf Westarp, für die Mehrheitssozialisten Hermann Müller, für die Unabhängigen Reichsliste sprechen. Die Koalitionsparteien haben eine Erklärung formuliert; der Hauptinhalt in ihr besteht, daß der Reichstag die Ablehnung der Pariser Forderungen billigt. Die Debatte soll heute unter allen Umständen zu Ende geführt werden.

Die Sanktionen und ihre Folgen.

Die Beratungen des Obersten Rates über die wirtschaftlichen Sanktionen sind fortgesetzt worden. Das französische Finanzministerium soll eine besondere Abteilung errichten, die in Verbindung mit der Interalliierten Rheinlandkommission die Beschlagnahme der deutschen Zölle im besetzten Gebiete durchführen soll. Die deutschen Zollämter im besetzten Gebiet sind nunmehr unter Befehl der Interalliierten Rheinlandkommission gestellt worden. Diese hat für jedes unbotmäßige Verhalten der Zollbeamten Strafen von 5 Jahren Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe angedroht. Wie die Pariser Blätter melden, soll die Verstärkung der Besatzungstruppen durch eine weitere Division in der nächsten Zeit erfolgen. Außerdem beabsichtigt die Interalliierte Rheinlandkommission, eine scharfe Kontrolle der Rheinschifffahrt, insbesondere der Kohlentransporte, einzurichten.

Wie aus Ludwigs-hafen gemeldet wird, befuhren die letzten Tage Tausende von Personen-Kraftwagen, Lastautos, Wagen usw. die zur Rheinbrücke führenden Straßen, um vor der Errichtung der neuen Zollgrenze noch Waren über den Rhein zu bringen. Manche Straßen waren mit Gefährten aller Art berast vollgepackt, daß polizeiliche Absperrungen und zeitweilige Einstellung des Straßenbahnverkehrs notwendig wurden. — Ueber sämtliche Zeitungen der Pfalz ist die Zensur verhängt worden.

Die belgische Regierung hat den Obersten Rat auf die Notwendigkeit hingewiesen, das rechte Rheinufer bis zur holländischen Grenze zu besetzen, um zu verhindern, daß der Rhein auf der rechten Seite zur Verschiffung deutscher Güter nach Holland benutzt werden kann. Die Kontrolle der Alliierten würde sonst zwecklos sein. Um die Eisenbahnlinien längs des Rheins mit in die Besetzung zu ziehen, erachtet man die Besetzung eines Streifens bis 20 Kilometer Tiefe für notwendig. Nächster Tage soll der Oberste Rat darüber beschließen.

Die Besatzungsbehörden in Düsseldorf nahmen die Verordnung, nach der sich in der Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens auf der Straße niemand aufhalten darf, zurück.

Deutscher Reichstag.

Sozialdemokratische und kommunistische Arbeitslosenfürsorge. Die zweite Lesung des Reederabfindungsvertrages, von der die Freitagssitzung des Reichstages ausgefüllt wurde, bietet geradezu ein Schulbeispiel dafür, auf welche Weise die Sozialdemokratie einerseits und Unabhängige und Kommunisten andererseits den Interessen der Arbeitslosen dienen. Unsere Fraktion hat ihre Zustimmung zu dieser Abfindung der Reeder durchaus nicht leichten Herzens gegeben, aber das Entscheidende war für sie, daß eben nur auf diese Weise Tausenden von arbeitslosen Seelenten und Werftarbeitern Erwerbsmöglichkeit gegeben werden kann. Wir haben es durchgesetzt, daß die Arbeiterschaft und das Parlament durch genaue Kontrolle dafür sorgen, daß die Reeder die Abfindungssumme wirklich zu produktiver Arbeit verwenden, und daß die Interessen des Proletariats gewahrt bleiben. Unabhängige und Kommunisten hingegen haben nicht einmal versucht, einen Weg aufzuzeigen, wie diesen Erwerbslosen geholfen werden kann; sie begnügten sich damit, über Liebesgaben an das Kapital zu zeteren und uns wegen unserer Zustimmung Mangel an sozialistischer Gesinnung vorzuwerfen. Der Kommunist Hiller machte sich dabei mit zwei langen ungläublichen Reden zum Gespött des ganzen Hauses. Der Unabhängige Henke, in der Form etwas gereizter, vertat aus Furcht vor der kommunisti-

den Konkurrenz den gleichen unerschütterlichen Standpunkt. Es zeigte sich deutlich, daß wieder einmal Unabhängige und Kommunisten für die Arbeitslosen nichts hatten als leere Versprechungen und kraftgebundene Phrasen, während die Sozialdemokraten, ohne viel Aufhebens zu machen, im Interesse der Arbeiterschaft weniger reden als handeln.

81. Sitzung. Berlin, 11. März.

Kleine Anfragen.

Abg. Hoffmann (Komm.) führt Beschwerde über das Auftreten von vertriebenen Werbern in Berlin. Am 27. Februar und 3. März sind 40 und 25 Mann nach Wismar transportiert worden. Ein Baron von Mantuffel hat 4000 Mark für Transport und Verpflegung bezahlt. Die Werbungen sind angeblich für Litauen statt.

Die Reichsregierung erklärt, daß weder ihr noch der Staatsanwaltschaft von solchen Vorgängen etwas bekannt ist. Nach Eingang der Anfrage sind sofort Nachforschungen angestellt worden, deren Ergebnis noch aussteht.

Sobald behandelte der Reichstag in der zweiten Lesung das Reederelastbindungsgezet.

Der Ausschuss hat die Vorlage angenommen, aber einige Resolutionen vorgeschlagen, die a. soll danach die nach dem Vertrage noch zu treffende nähere Vereinbarung des Hauptauschusses des Reichstages zur Kenntnisnahme mitgeteilt werden. Der Hauptvertrag gilt als aufgehoben, wenn der Hauptauschuss innerhalb einer Frist von acht Tagen nach Kenntnisnahme der Vereinbarung es verlangt. Eine weitere Resolution ersucht die Regierung, dahin zu wirken, daß in der Zusammensetzung der Arbeitnehmervertretungen in der Reederei-Treuhandgesellschaft neben Arbeitern und Matrosen auch die Angestellten als gleichberechtigte Gruppe vorgesehen werden. Die zur Ausführung des Vertrages erforderlichen 4,7 Milliarden Mark sollen in dem Haushalt des Wiederaufbauministeriums eingestellt werden.

Dr. Henke (US.): Das Kapital, das hinter den Reedern steht, ist heute tonangebend. Man sollte uns nicht glauben machen, daß durch die Vorlage die Arbeitslosigkeit eingedämmt werde. Im Kriege haben die deutschen Handelschiffe den Kriegswenden dienen müssen und dafür sind die Reeder in genügender Weise entschädigt worden. Für die Arbeitslosigkeit mühten Milliarden aufgewandt werden, jedoch auf einem anderen Gebiete. Die Reeder haben gute Geschäftsaussichten, besonders weil die Auswanderung in fortwährendem Steigen begriffen ist. Die ganze Frage kann nur im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft richtig eingeschätzt werden. Wenn es auch notwendig ist, Schifffahrt zu treiben, so ist es doch nicht notwendig, daß sie betrieben wird im Interesse des kapitalistischen Profits. Gerade das Reederkapital hat von jeher zur Internationalisierung des Kapitals beigetragen. Da wirft es doch lächerlich, wenn man uns gerade hier mit nationalistischen Argumenten kommt. (Beifall d. d. US.)

Staatssekretär Müller: Das Abkommen ist lebhaft zu beurteilen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Für die Reeder sollte besonders gesorgt werden durch Abschließung eines Nebenfonds. Für die Seeleute sind bereits 60 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Ueber den Verteilungsschlüssel für die 4,7 Milliarden Schweden noch Verhandlungen. Ich möchte Sie bitten, dem im wirtschaftlichen und sozialen Interesse notwendigen Vertrag möglichst einmütig zuzustimmen.

Abg. Hillel (Komm.): Mit Eifer und Hinterhältigkeit versucht man den Vertrag in Sicherheit zu bringen, weil es sich um die Interessen der Kapitalisten handelt. Das ist eine schamlose Verleumdung der Arbeiter. Dabei ist kein Wort der Begründung bekanntgeworden. Als Redner auf Ruf der Rechten mit den Worten antwortet: Das ist eine schamlose Lüge, wird er zur Debatte gerufen. Das Schlußwort, nur die Arbeit kann uns retten, sollte den Arbeitern wieder an die Ketten des Kapitalismus schmieben. Das Laichen haben das Schlagwort Lügen gekraft. Den Sinnes-Deuten werden 12 Milliarden Liebesgaben zugewandt, während die Arbeiter nicht einmal den nötigen Lebensunterhalt haben. Redner kommt im Verlaufe seiner Ausführungen von der Sache ab, wird vom Vizepräsidenten Dr. Bell dreimal zur Sache gerufen und ihm das Wort entzogen.

Abg. Hillel in protestiert dagegen. Es entsteht ein furchtbarer Lärm im Hause.

Vizepräsident Dr. Bell unterbricht die Sitzung auf eine Viertelstunde. Bei Wiederbeginn der Sitzung steht der Abg. Hillel noch auf der Rednertribüne. Vizepräsident Bell erteilt das Wort dem Abg. Schumann. Die Kommunisten protestieren unter totem Lärm. Abg. Kemmerle ruft: Sie Schafkopf. Abg. Hillel erklärt, den Platz nicht räumen zu wollen. Man solle den Redner mit zehn Mann holen lassen.

Vizepräsident Dr. Bell unterbricht die Sitzung auf eine halbe Stunde, um den Zerkleinerungsantrag zu befragen.

Die Sitzung wird erst nach 4 Uhr wieder aufgenommen. Die Rednertribüne ist unbesetzt.

Präsident Lohse erklärt: Nach dem Renonratischen Bericht hat Vizepräsident Dr. Bell eine Abstimmung vorgenommen, die in der Annahme nicht allgemein verstanden worden ist.

Abg. Dr. Goni (Komm.) spricht dem Vizepräsidenten Dr. Bell das größte Mißtrauen aus. Er habe sich stets gegen die kommunistische Partei betätigt. Im übrigen habe Abg. Hillel sich im Rechte befunden. Er habe sich mit seinen Ausführungen in den Rahmen der Geschäftsordnung bewegt.

Präsident Lohse betont, daß im Verleihen auszusprechen sich zur Sprache gekommen sei, daß Vizepräsident Dr. Bell sich weder heute noch früher parteiisch gegen die kommunistische Partei benommen habe.

Abg. Schumann (SD.): Der Abg. Hillel hat sich mit der Vorlage fast gar nicht beschäftigt, und soweit er es tat, waren seine Ausführungen von Sachkenntnis wenig getrübt. (Unruhe bei den Kommunisten.) Auch wir können nicht leichten Herzens der Vorlage zu. Aber die Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse und die arbeitslosen Werftarbeiter zwingt uns dazu. Den Verträgen des Abg. Henke, ausländischen Schiffraum zu kaufen, müssen wir ablehnen, weil wir mit veralteten Schiffen die Konkurrenz nicht aufnehmen können. Wenn man nach Herkes Vorlage den arbeitslosen Bauarbeitern Beschäftigung verschafft, so ist der Werftarbeitern damit nicht gedient. Unabhängige Werftarbeiter fordern in Zukunft an mich Arbeitselegende. Unter Antrag Arbeiter und Angestellte den Vertrag kontrollieren zu lassen, ist anzunehmen, ohne daß uns die Unabhängigen und Kommunisten unterstülzen hätten. (Geh. föhrl.) Da die Voraussetzungen, die mir bei der ersten Sitzung für unsere Zustimmung anstellten, zum großen Teile erfüllt sind, werden wir die Vorlage im Interesse der produktiven Erwerbslosenfürsorge annehmen.

Abg. Henke (US.): Die Abänderungsanträge der Reederbevollmächtigten im Ausschuss kommen nur in Frage, um für das Gesetz Stimmen zu können.

Staatssekretär Dr. Müller: Daß die Verhandlungen mit den Reedern im Interesse der Arbeiter sind, ist leicht erklärlich, da es sich hier um eine Rettung für die Zukunft handelt.

Abg. Goni (K.): Es handelt sich für uns darum, ob die Tausenden von Werftarbeitern weiter Beschäftigung bekommen oder auf der Straße herum. Wenn nicht einverstanden wird, wird es zu einer großen Arbeitslosigkeit unter den Werftarbeitern kommen, die wir vermeiden wollen.

Abg. Henke (US.) polemisiert gegen den Abg. Goni (Zwischenrufe rechts: Vorläufe machen.) Das lehnen wir ab.

Damit schließt die Debatte über Artikel 1. Der Artikel wird angenommen gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialisten.

Zu Artikel 2 erhält das Wort:

Abg. Hillel (Komm.): Die Gewinne der Reeder werden in die Höhe, damit dem Unfall der Sozialdemokraten, Glas-

den Sie, daß die Werftarbeiter ein Interesse daran haben, sich im Interesse dieser Kapitalisten den Hungerriemen enger zu schnallen? Wo wären die Mittel für eine Reichsflotte gegeben worden, so würde ich das Verhalten der Reeder sozialisten verstehen. Die deutschen Arbeiter haben kein Interesse an einer nationalen Flotte. Ihnen liegt nur an billigen Frachten. Wir lehnen die Vorlage ab, um so mehr, als die Hauptreise für die Schiffe doch das zwanzigfache des Friedenspreises betragen. Für unsere Kriegsoffer sind sechs Milliarden gegeben worden, für die Reeder werden zwölf Milliarden gegeben, das ist bezeichnend für das ganze Gesetz.

Der Rest des Gesetzes wird sodann angenommen.

Gegen die sofortige dritte Lesung erhebt Abg. Dr. Goni Einspruch. Die Entscheidung darüber wird dem Ausschuss vorbehalten werden.

Morgen 10 Uhr: Entgegennahme einer Regierungserklärung über die Londoner Verhandlungen.

Die französischen Gewerkschaften gegen die Befehungen.

Aus Paris wird gemeldet: Der Verwaltungsrat der C. G. T. nahm eine Erklärung an, in der gesagt wird, daß die arbeitenden Kreise Frankreichs keine anderen Maßnahmen ins Auge fassen könnten, als ein Abkommen zwischen deutschen und französischen Arbeitern über die gemeinsame Wiederherstellung der Kriegswirtschaft. Die C. G. T. mißbilligt die Anwendung von Gewalt. Die neuen Befehungen in Deutschland bedrohen den Frieden zwischen den Völkern. — Der Verwaltungsrat arbeitete ein Manifest aus, in dem in energischer Weise dagegen protestiert wird, daß die internationalisierte Kommission im schlesischen Abstimmungsgebiet den Gewerkschaftlern die Pässe verweigerte.

Ein Erfolg der Sowjettruppen.

Der schwedische Berichterstatter der „Times“ meldet, daß das kleine Fort Systerbet von roten Truppen genommen worden ist. Nach anderen Berichten soll auch Krasnaja Gorka zurückeroberet sein. Das Feuer der Kronstädter Geschütze und das Bombardement der Kriegsschiffe der Aufständischen soll in Petersburg große Verwüstungen angerichtet haben. Aus Riga wird ein Abflauen des Flüchtlingsstromes gemeldet. Ein früherer russischer General, dem es gelang, die finnische Grenze zu erreichen, teilt mit, daß die roten Truppen den größten Teil von Petersburg besetzt halten. „Times“ meldet: Flieger aus Kronstadt haben Bomben auf den Nikolajewski Bahnhof von Petersburg abgeworfen. 40 000 Mann rücken zur Entsetzung der Hauptstadt heran; Die heftigen Artilleriekämpfe dauern an verschiedenen Teilen der Front noch immer fort. Die letzten Nahrungsmittelzüge aus Sibirien trafen im Februar ein. 300 Züge stehen jetzt im Gebiet von Perm still. Tuchschifferei hat Verstärkungen aus Smolensk erhalten und bereitet mit Hilfe dieser Truppen Angriffe gegen die Petersburger Front vor. Trocki hat Befehl gegeben, daß die Truppen der Südwestarmee zur Hilfe herangezogen würden. Der Kommandant dieser Armee telegraphierte jedoch zurück, daß diese Truppen völlig unzuverlässig seien. Die 40 000 Matrosen und Soldaten von Kronstadt verfügen über hinreichend Munition und zahlreiche Minen. In Moskau streiken 24 000 Arbeiter. Die Stadt ist ohne Nahrungsmittel. Alle Verkehrsmittel werden für Truppentransporte benötigt.

Gutschloff, der Führer des russischen Roten Kreuzes, hat den Präsidenten Harding um die Vermittlung von Lebensmittellieferungen an die Bolschewisten in Rußland ersucht. Der Erfolg der weißen Bewegung in Rußland hänge davon ab, wer dem Hunger am längsten Widerstand leisten könne. Auch für Krasnojarsk, den Diktator von Kronstadt, hat er um Hilfe. Durch Vermittlung Hoover's seien 6000 Tonnen Nahrungsmittel nach Finnland gekommen, die augenblicklich noch dort lagern. Gutschloff bittet diese 6000 Tonnen Nahrungsmittel der noleidenden Bevölkerung Rußlands zur Verfügung zu stellen.

Frankzösische Hilfe gegen die Bolschewisten?

Kopenhagener Meldungen zufolge sind mehrere im baltischen Meere kreuzende französische Torpedoboote und mehrere Kreuzer plötzlich mit unbekanntem Ziele abgedampft. Wie aus französischen Kreisen mitgeteilt wird, haben sie Befehl erhalten, sofort Kronstadt anzulanden, um dort gemeinsam mit den aufständischen Matrosen, die in Gegenrevolution gegen Petersburg und Moskau stehen, zu operieren. — Wie aus Naval gemeldet wird, sind leichte französische Seejagdkräfte im Hafen eingelaufen, haben mehrere Abteilungen an Land gesetzt und von Naval Besitz ergriffen. Unermehliche Vorräte, die für die Bolschewisten bestimmt und zum Abtransport dort eingelagert waren, sind beschlagnahmt worden. Auch Narwa soll besetzt worden sein.

Die Raube der Gegenrevolutionäre.

Ein Renaler Telegramm besagt: Aus „absolut zuverlässiger“ (?) Quelle wird mitgeteilt, daß die Städte Orel, Kiew, Tambow und Pskow von den Bolschewisten besetzt sind. Die Erregung der Bevölkerung äußert sich in der Ermordung vieler Kommunisten.

Sibirien von deutschen Kriegsgefangenen geräumt.

Am 2. März hat der Dampfer „Gujarat“ mit 523 reichsdeutschen Kriegsgefangenen Madrasost verlassen. Er fährt über Schanghai, Sabang, Colombo, Port Said nach Triest, wo er in den ersten Apriltagen eintrifft wird. Von Triest aus werden die Heimkehrer auf dem Landwege nach Leifers in Bogen übergeführt und nach zwei bis dreitägigem Aufenthalt in diesem Lager in die Heimat entlassen. Mit der Rückkehr dieser Gefangenen ist ganz Sibirien bis auf einzelne Kernpunkte von deutschen Kriegsgefangenen geräumt und die Aufgabe des deutschen Bevollmächtigten in Madrasost, Herr Gustav Gerber, damit restlos erfüllt. Die deutsche Kommission kehrt im Laufe des März gleichfalls nach Deutschland zurück.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Untersuchungsausschuss über die Kriegsverbrechen.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages formulierte keine Geschlüsse über die Vorgänge, die zum Weltkrieg geführt haben. Daraus geht hervor, daß weder Deutschland noch Österreich eine geheime Mobilisierung vorgenommen haben. Auch die vorbereitenden Maßnahmen und die offiziellen Mobilisierungen sind erst denen der Ententestaaten gefolgt.

Die Ausschussberatungen des Wehrgesetzes abgeschlossen.

Der Wehrgehettsausschuss des Reichstages legte am Mittwoch die zweite Beratung des Wehrgehettsentwurfes bei § 34 fort, die Entpolitisierung der Reichswehr betrifft. In erster Lesung ist dem Paragraphen ein neuer Absatz zugefügt worden, der sagt, daß die Ausbildung der Soldaten sich auf ihre staatsbürgerlichen und völkerrrechtlichen Verpflichtungen in Krieg und Frieden erstreckt. Die Angehörigen der Wehrmacht haben das Recht freier Wahl Zeitungen zu halten. Ueber die letztere Bestimmung entspann sich eine längere Aussprache. Von der Rechten wurde beantragt, diesen Satz wieder zu streichen, gegen die linke Widerspruch erhob und von der Beibehaltung dieser Bestimmung ihre Haltung zum ganzen Gesetz abhän machte. Es wurde schließlich ein Ausgleich gefunden, daß dem § 34 ein weiterer Satz zugefügt würde, der besagt, daß der Reichswehrminister Zeitungen verbieten kann, sofern der Inhalt die Tucht und Disziplin in der Reichswehr gefährdet. In grundlegende Absatz des § 34 wurde nach kurzer Aussprache folgend gefast:

„Die Soldaten der Wehrmacht dürfen sich politisch nicht äußern. Innerhalb des Dienstbereichs ist eine solche Betätigung auch den Beamten untersagt.“

Die übrigen Bestimmungen des Entwurfs wurden im wesentlichen unverändert nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Damit ist die Arbeit des Ausschusses beendet.

Eisenbahneubauten. — Auguststeuer.

Der Reichsrat hat für den Bau neuer Eisenbahnlinien für 1921 weitere 2,5 Milliarden Mark bewilligt. Der Reichsrat genehmigte die Abänderung der Ausführungsbestimmungen zum Umfahrgesetz, wonach insbesondere Eisenbahnen für Fußböden der Auguststeuer unterworfen wird.

Der Reedervertrag.

Der Hauptauschuss des Reichstages nahm einen Antrag der Deutschnationalen und Koalitionsparteien an, im Interesse der Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft, insbesondere auch zum Zweck der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die Abgeltung aller derjenigen Liquidationsschäden, ähnlich wie bei den Reeder durch private Vereinbarungen möglichst bald vorzunehmen, an die Liquidationen auf seiländlicher Seite bereits durchgeführt sind und wo das Reich in der Lage ist, im Wege der Vereinbarung sich ein Kontrollrecht darüber vorzubehalten, daß die Verwendung der Gelder im Interesse der deutschen Wirtschaft erfolgt. Außerdem wurde der Antrag Hoch (SD.) angenommen, der besagt, dem Reederelastbindungsvertrag nur unter der Bedingung Zustimmung, daß darin auch eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach der in Frage stehende Paragraph des Gesetzes vom 7. November 1917 auch für die Schiffe Geltung haben soll, die auf Grund des jetzigen Reederelastbindungsvertrages gebaut werden. Ferner gelangte eine Entschließung zur Annahme, wonach in der Zusammensetzung der Arbeitnehmervertretung in der Reederei-Treuhand-Gesellschaft neben den Arbeitern und Matrosen auch die Angestellten als gleichberechtigte Gruppe angesehen werden sollen. Ferner genehmigte der Hauptauschuss den Reederelastbindungsvertrag, aber nur mit der Einschränkung, daß gegenüber gewissen darin vorgesehene Vereinbarungen der Hauptauschuss innerhalb einer Frist von acht Tagen nach Kenntnisnahme das Einspruchsrecht hat, und daß im Falle des Einspruchs der ganze Hauptvertrag als aufgehoben gelten soll. Schließlich wurde auch noch der Etat des Wiederaufbauministeriums für 1920 durch den Hauptauschuss bewilligt.

Die Auflösung der Reichsartoffelstelle.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat für den 1. Juli 1921 die Auflösung der Reichsartoffelstelle und das Aufzertreten einer Reihe auf dem Gebiete der Kartoffelverförgung noch in Geltung befindlicher Verordnungen angeordnet. Von Beginn der Frühkartoffelernte an wird der Verkehr mit Kartoffeln im Inlande von jeder reichsrechtlichen Regelung frei sein. Die Ein- und Ausfuhr von Kartoffeln über die Grenzen des Deutschen Reiches ist dagegen weiterhin von der Erteilung besonderer Bewilligungen abhängig. Gleichzeitig ist auch die Bewirtschaftung der Kartoffelrodren- und Kartoffelstärke-Erzeugnisse mit Wirkung vom 20. März 1921 ab aufgehoben worden.

Freispruch im Essener Wasserturm-Prozess.

Der seit vier Wochen vor dem Essener Schwurgericht verhandelte sog. Wasserturmprozess, in dem sich 15 Angeklagte, zumeist Bergleute und Arbeiter, unter der Anklage des Mordes vor verantworten hatten, ging Freitag nachmittag zu Ende. Die Geschworenen verneinten bei sämtlichen Angeklagten die Schuldfrage nach Mord sowie die Unterfrage nach Totschlag und Rauferei, worauf die Angeklagten kostenlos freigesprochen wurden. — Den Angeklagten war zur Last gelegt, sich an den Greuelataten beteiligt zu haben, die sich am 19. März des Vorjahres gelegentlich der Erstürmung Essens durch die Rotgardisten ereignet haben. Von der im Wasserturm eingeschlossenen Besatzung, bestehend aus Mannschaften der grünen Sicherheitswehr und der Einwohnerverswehr, wurden 10 Mann getötet.

Die neuen Forderungen der Ruhrkohlenbergleute.

Der deutsche Schnelldienst meldet aus Essen: Bei den jüngsten Beratungen im Rheinisch-Westfälischen Bergbau ist von den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 5 Mark je Schicht für Gedings- und 6,40 Mark je Schicht für sonstige Arbeiter verlangt worden. Außerdem wurde als Ausgleich für die nach dem Willen der Bergarbeiterverbände in Zukunft wegfallenden Uebereschichten eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Mark je Schicht gefordert. Diese Forderungen bedeuten eine Lohnerhöhung um 30 Prozent des bisherigen Betrages und würden die Selbstkosten je Tonne Kohlen um 50 bis 60 Mark erhöhen.

Die obstinate Bagerregierung.

Aus München wird berichtet: Schon seit einiger Zeit liegt dem Reichsrat ein Gesetzentwurf vor, der die Möglichkeit geben soll, entgültig die Entwaffnung durchzuführen, zu der wir zwar zurecht gegenüber der Entente verpflichtet sind. Wie wir zurecht hören, erhebt die bayerische Regierung gegen dieses Gesetz Einspruch, so daß bisher keine parlamentarische Beratung nicht möglich war.

Das Verhalten der reaktionären bayerischen Regierung wächst sich mehr und mehr zu einem unerhörten Skandal aus, dem mit allen Mitteln ein schleuniges Ende bereitet werden muß.

Die bayerische Volksparteikorrespondenz macht über den von der Bagerregierung ausgearbeiteten Gesetzentwurf der Selbstschützorganisationen mächtigen Klamauk. Die Korrespondenz spricht von einem Ausnahmegezet gegen Bayern und erklärt: Was in diesem Gesetzentwurf vom Reiche Bayern zugemutet werde, übersteige alles Dagewesene. Reichstag und Bagerregierung müssen sich darüber klar sein, daß es schwer sein werde, mit Gesetzwegwalt die Bevölkerung zu etwas zu zwingen, was nach ihrer Ueberzeugung den Beginn des Ruins unseres Staatswesens

Was ist Thermidor

**Städter
Stadtpielgemeinde.
Sondervorführung**

Donnerstag, 17. März, 7 1/2 Uhr
Silhouettenfilme
(Amor und das standhafte
Liebespaar — das Ornament
des verlobten Herzens),
lebende Plastiken
(Madonnen — Negerplastik
und anderes.)
**„Das Kabinett des
Dr. Caligari“.**
Karlen Mk. 3.— (nur unnum.)
bei Nagel. Mitgl. Ermässig.
Dauerkarten ungültig!
Jugendliche unter 18 Jahren
ausgeschlossen. (14814)

Seeretz
Gastwirtschaft zur Börse
Große Ballmusik
ausgeführt von der Lübecker
Musik-Kapelle (14802)
am Sonntag, d. 18. März.
Anfang 6 Uhr.
Um zahlreiches Erscheinen
bitten A. Lafrens u. H. Goldt.

„Lindenhof“ in
Israelsdorf.
Morgen Sonntag:
Vornehme Ballmusik.
Saalöffnung 8 Uhr.
3. d. Beranden freier Zutritt.
Telephon 1910.
14800) Viktor Klempau.

**Friedrich-
Franz-
Halle.**
Jeden Sonntag: (14792)
Tanz.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Arbeitsgenossenschaft Lübeck
e. G. m. b. H.
General-Versammlung
am Dienstag, dem 22. März
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus (großer Saal)
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht und Genehmigung der Bilanz.
2. Bericht der Revisionskommission und Entlastung des
Vorstandes.
3. Verteilung des Reingewinns.
4. Erhöhung der Geschäftsanteile.
Der Aufsichtsrat.
J. A.: Johannes Schumann.
14821)

Zentralhallen
14854) Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen.

Lübecker Weinhaus
„Offo Volgt.“
Fleischhauerfr. 14

Tarragona	Moselweine	(14803)
Insel-Samos	Rheinweine	
Sherry	Weinbrand	
Madeira	Weinbrand-Versch.	
Malaga	Jamaika-Rum	„
Portwein	Batavia-Arrac	„
Tokayer Ausbruch	Doppel-Kümmel	
Bordeaux-Weine	Liköre / Punsche	
Burgunder Weine	— Apfelwein —	

Schelm & Wege
Samenhandlung. Mengstraße 10
verschiede Gemüses, Blumensamen, Klee, Gras,
Serradella, Wicken, Starke Apfelbäume,
Stachelbeeren, Himbeeren, Rhabarber- und Erd-
beer-Pflanzen. Bast. (14840)

Schnittmuster



Die Neueste Deutsche Mode

Sind erhältlich in sämtlichen Filialen
Deckergrube 31
Breite Straße 85
Sollstenstraße 14
Fachsenburger Allee 11
Seniner Straße 46
Mühlenteliche 4
Karstadt & Laurisch, Lübeck
Telephon 1153
Chemische Reinigung — Färberei — Teppich-Kloppwerk

Die neuen Frühjahrshefte sind erschienen und
liegen in sämtlichen Filialen zur Ansicht aus

**Neuer Grund-
eigent. - Verein**
Lübeck u. Umg.
von 1919 e. V.

Monats-Versammlung
am Montag, dem 14. März 1921
abends 7 1/2 Uhr pünktlich
in den Zentralhallen,
Danforthstraße.
Zahlreiches Erscheinen der
Mitglieder sehr erwünscht.
Aufnahmen als Mitglied
im Saal. (14828)
Ausweise mitbringen.
Der Vorstand.

Ausstellung
des Vereins Zentrale f. priv. e. Fürsorge
im Gartensaal, Königstr. 5
morgen und übermorgen geöffnet
von 11—1 Uhr und 3—6 Uhr.
Eintritt frei. (14858) Eintritt frei.

Öffentlicher Lichtbildervortrag
über
**„Die Pariser Konferenz
und ihre Folgen für Deutschland“.**
Vortragender: Herr Direktor Dr. Sebold Schwarz
von der Oberrealschule zum Dom
am Montag, dem 14. März 1921
7 Uhr abends pünktlich
im Saale des Gewerkschaftshauses.
Eintritt frei!
Hierzu ladet freundlich ein
Arbeitsgemeinschaft für Volksaufklärung. (14812)

Konzerthaus Lübeck.
Morgen Sonntag:
Gr. Ball-Abend
Anfang 4 Uhr.
Es ladet ein
Der Besitzer
Heinr. Cyriacks.
14865)

Neu-Lauerhof.
Jeden Sonntag: Tanzmusik. Anf. 5 Uhr.
Rittwoch, den 16. März:
Grosser Familienball.
Anfang 7 Uhr. (14818)
Es ladet freundlich ein
Johs. Ritter.

Luisenlust
Jeden Sonntag
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei. 14798

Weiber Engel Jeden Sonntag:
Gr. Ballmusik
Gnädigung der Straßen-
14797) бага-Ente 1.

Konzerthaus „Flora“.
Jeden Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen.
Anfang 4 1/2 Uhr. (14796) Max Stens.



Umpressen.

Alle Damen-Hüte,
sowie Herren-Hüte
in Stroh u. Filz
werden in vollendeter Ausfüh-
rung Ausführung bei schneller
Liefersung und billigster Be-
rechnung
modernisiert u. gefärbt.
70 der elegantesten Formen
im Betrieb. (14809)
Frau Fixinski,
Steinrader Weg 26 a, pt. rechts.

Aufklärung! Eltern, Männer, Knaben

Bettnässurinal „Wota“
bewährt gegen die ärgste
Bettnässe

ärztlich empfohlen (Reichspat.).

Aus der ärztlichen Praxis: Trockenliegen führt zur Genesung:
Sanitätsrat d. Neinst. Anstalten:
Ich bestätige gerne, daß sich das Urinal
in den hier angewandten Fällen ausge-
zeichnet bewährt hat. Bei einem Jungen,
der auch tagsüber einhäßte, konnte
es fortgelassen werden, da er durch das
Tragen des Urinals sauber wurde.
Anwendung gesundheitlich und wirtschaftlich erwünscht.
Prospekt u. Verkauf durch Wessels Gummi-Spez.-Geschäft, Lübeck

Verein „Fritz Reuter“, Lübeck
Gesangs-Abteilung.

Sünabend, den 19. März:

Gründungs-Fest.

Konzerthaus Flora.

Es geht das Lied 1/27.

Herrn 4 Mark, Damen 3 Mark.

14858) De Vorstand.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, 15. März, 7 1/2 Uhr:

Gr. Volks-Kammermusikabend

veranstaltet von ersten Kräften des
Orchesters des Vereins der Musikfreunde

mit
Frl. Luise Friedhoff (Sopran) als Gast.

Vorverkauf bei Basson, Zigarrengeschäft, Becker-
grube 49, in sämtlichen Warenabgabestellen des Konsum-
vereins und im Gewerkschaftshaus. Eintritt 3.50 M.

Stadthallen-Lichtspiele

**Der galante König
August der Starke**

Ein Kulturbild aus dem Barock
von Alfred Halm u. Hermann v. Schmeling
in 6 Abteilungen.

**Professor Rehbein
und der Meisterring**

Lustspiel in 3 Akten. (14882)

Kolosseum.

Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr:

Opiumrausch

„Künstlerfest“
veranstaltet von den Solomitgliedern des
„Hansa-Theaters“.

Vorverkauf: 10.— Mk. Zigarrengeschäft; Busse, Nagel,
Röhricht und Hansa-Theater. Abendkasse 15.— Mk. (14897)

Adlershorst. Ball
Jeden Sonntag und
Donnerstag: (14799)

Restaurant „Schlesierheim“
Schmiedestr. 3
Karl Lachmann.
Gemüthlicher Aufenthalt für
Statistiker. (142)

Trocadero, Lübeck, Schloßbuden 4.
Täglich:
**5-Uhr-
Tee**
Dozente Musik.
Abends 8 Uhr:
**Künstler-
Konzert**

Gledermann
8.30 Uhr
Original
Allhoff Quartett.

Hansa-Theater
Heute 7 1/2:
Gastspiel Paul Wegener
in (14810)

College Crampton
Komödie in 5 Akten
von Hauptmann.
Sonntag u. Montag 7 1/2:
Die Faschingsfee.
Operette in 3 Akten
von Rabnau.

Stadtheater Lübeck.
Sonnabend, Abt. A und
15. Vorh. i. Opern-Annon.
Nigolotto. 7.30 Uhr.
Sonntag, 8. Veranstaltung
der Blaudischen Volksgil.
Seefahrt. 8 Uhr.
Die lustigen Weiber von
Windsor. 7.30 Uhr.
Montag, Volkst. Konz. 7.30
Dienstag, Abt. A u. 15.
Vork. i. Schaus. Abont.
Phygalion. 7.30. (14824)

Kammerspiele.
(Hänthallen)
Sonnabend:
„Am Teufel“ 7.30 Uhr.
Sonntag. Flamme. 7.30.

Was ist
Thermidor
(14880)

Der Kompromittierte Internationalismus.

Von der Sozialdemokratie konnte man seit einiger Zeit hören, sie habe ihr sprichwörtliches Glück verloren. Nicht viel anders geht es dem Sozialismus als einer internationalen Bewegung, die auf völlig anderen Voraussetzungen beruht als irgend eine der bürgerlichen Vereinigungen auf internationaler Basis mit pazifistischem oder sonstigem Inhalt. Vielfach wurde der Vorwurf erhoben, die Internationale habe am Tage des Beginns des Weltkrieges versagt, an dem Tage also, an dem sie ihre Bedeutung, ihre Existenzberechtigung hätte erweisen sollen. Die tieferen Ursachen der negativen Haltung der Internationale während der Dauer des Krieges, die nur durch wenige Konferenzen unterbrochen, durch manch andere durchkreuzt wurden, können hier nicht untersucht werden. Allen Vorwürfen gegenüber verdient festgestellt zu werden, daß die in der zweiten Internationale vereinigten europäischen Arbeiterparteien sofort nach Kriegsende den ehelichen Versuch unternahmen, die durch Mißverständnisse und Sondererwägungen errichteten Schranken einzureißen, um zu neuer gemeinsamer Arbeit zu kommen.

Die Kritik an der Tätigkeit der zweiten Internationale ging zunächst von den bürgerlichen Parteien aus. Diejenigen Kreise, die durch eine sinnlos nationalstolze Kriegspolitik die Trennungslinien zwischen den Völkern immer schärfer zogen und die Risse immer mehr zu erweitern suchten, fühlten sich berufen, über das Versagen der zweiten Internationale zu höhnen und der Arbeiterschaft den Vorwurf der Unfähigkeit zu machen, daß sie nicht in der Lage gewesen sei, jenes Massenmorden zu verhindern, das gerade durch den Chauvinismus und Nationalismus der bürgerlichen Regierungen aller Länder eine immer fürchterlichere Form annahm. Die Arbeiterschaft konnte die Kritik aus diesem Lager mit großer Ruhe über sich ergehen lassen. Sie konnte mit vollem Rechte auf den Widerspruch hinweisen, der einmal in dem Verlangen lag, die Arbeiterschaft als ein durch ein paar Konferenzen zustandbringendes, mozu die großmächtigen Herren der Welt nicht in der Lage waren, während andererseits jeder Versuch des Weltproletariats internationale Brücken zu errichten, als Hochverrat mit allen Mitteln der bürgerlichen Klassenjustiz gleichmäßig in allen Ländern bekämpft wurde.

Schwerwiegender war die Kritik, die an der Internationale aus den Reihen der Arbeiterschaft geübt wurde. Auch hier war man mit den allerdings recht kläglichen Ergebnissen einer jahrzehntelangen Verständigungspolitik nicht einverstanden, und so suchte schon während des Krieges die Gruppe der sogenannten „Zimmerwälder“ eine neue Basis für internationale Verständigungsmöglichkeiten zu schaffen. Diese Bewegung wurde nach dem Zusammenbruch Mitteleuropas und Rußlands erweitert. Sowjet-Rußland sah seine Hauptaufgabe darin, die zweite Internationale als die politische Internationale der Arbeiterschaft ebenso zu bekämpfen und zu zerlegen, wie sie es — wenn auch ohne Erfolg — der Amerikaner Gewerkschaftsinternationale gegenüber zu tun versucht hat und versucht. Die sogenannte dritte Internationale, die unter Führung der russischen bolschewistischen Partei eine Reihe kleinerer Arbeitergruppen in sich vereinigte, sah sich bald einer neuen Kritik gegenübergestellt, als die Parteiverhältnisse in Deutschland eine neue Gestaltung erfuhren und die Zerlegung in der deutschen Arbeiterbewegung erschreckende Fortschritte machte. Aus der kommunistischen Partei Deutschlands, die nächst der russischen kommunistischen Partei den Hauptfaktor der dritten Internationale bildete, löste sich der Flügel derer, denen die K. P. D. noch immer zu reformtätig war und konstituierte sich in der K. A. P. D., eine Gruppe, deren Bedeutungslosigkeit gegenwärtig allerdings auf Null herabgesunken ist. Dank ihrer inneren Halklosigkeit unterstützt durch russische Intervention, spaltete sich die K. P. D. gleichfalls in zwei Flügel, deren einer sich nunmehr mit

den Kommunisten in der „Vereinigten kommunistischen Partei“ zusammenschloß, während der rechte Flügel haltlos in der Luft schwebte, keinen Anstoß fand, und, um in der Internationale dennoch sein Leben fristen zu können, neue Auswege suchte. Diese glaubte er darin zu finden, daß er gemeinsam mit einigen gleichgesinnten Arbeitergruppen eine neue Internationale gründeten, die von den Anhängern der zweiten wie der dritten Internationale als „Internationale 2 1/2“ verspottet wurde.

Wenn die Internationale gerade in diesen Tagen neuen Angriffen ausgesetzt ist, so liegt dies also weniger an der bürgerlichen Kritik, die einer schärferen Prüfung nicht standhält, als an der Zerspaltung der Weltarbeiterbewegung selbst.

Es besteht kein Zweifel, daß die Kritik an den Leistungen der zweiten Internationale auch von ihren eigenen Anhängern ausgeht wird, und wenn die deutsche Arbeiterbewegung hierin am meisten anzuklagen hat, so ist dies nur zu verständlich. Es muß ausgesprochen werden, daß die Mitglieder der zweiten Internationale, insbesondere die belgischen Genossen, nicht versucht haben, ihren Einfluß gegen das nationalstolze Treiben ihrer Regierung geltend zu machen; nicht einmal von Versuchen, die in dieser Richtung angestellt wurden, kann gesprochen werden. Diese Kritik aber darf nicht dazu führen, die zweite Internationale als ein zweckloses Instrument zu verwerfen. Es muß vielmehr Aufgabe der Arbeiterschaft aller Länder, in erster Linie aber der deutschen Arbeiterschaft sein, im Rahmen der zweiten Internationale darauf hinzuwirken, daß sie ihren Aufgaben gerecht wird und daß bestehende Mißstände beseitigt werden. Wir stärken den internationalen Gedanken, der ein Bestandteil der Arbeiterbewegung ist — und nicht sein unweilentliches — nicht dadurch, daß wir die Internationale auf Grund von zweifellos vorhandenen Fehlern im Bausch und Bogen verwerfen, sondern daß wir in ihrem Rahmen ihren Aufgabenkreis klar umschreiben und sie damit ihrer eigentlichen Bestimmung zuführen. Die Internationale ist nicht tot, wie ihre bürgerlichen Gegner sagen, es gilt in erster Linie neue Zerspaltungstendenzen, die gerade im gegenwärtigen Augenblick besonders gefährlich wären, von ihr fernzuhalten und sie damit zu einem Instrument zu machen, deren Wirkung ihren bürgerlichen Gegnern noch einmal recht unerwünscht werden soll.

Der Sturm gegen Simons.

Zum Kampf der Deutschen Volkspartei gegen den Außenminister Dr. Simons ist noch einiges nachzutragen. Nach den kurzen Berichten über die Beratungen im Auswärtigen Ausschuß und im Kabinett haben sich zwar die schwerindustriellen Volksparteiler vorläufig zufriedengegeben, aber die ganze Hege vorher zeigt doch, wohin die Deutsche Volkspartei schwimmen will. Den Kampf nahm das Zentrumsblatt, die „Germania“ auf, und zwar im gleichen Atemzuge, in dem das Zentrum erklärte, daß es ohne Deutsche Volkspartei keine Regierungskonkordanz in Preußen bilden wolle. Das führende Zentrumsblatt veröffentlichte eine auffällig scharfe Kampfansage gegen die Simonsleute. Die Seele des Treibens gegen Simons sieht die „Germania“ in Herrn Stinnes und seiner schwerindustriellen Gefolgschaft. Die „Germania“ schreibt: Wir verstehen wohl, wodurch Minister Simons sich den Jörn des „Häxerkönigs“ zugezogen hat, der mühte von der Konferenz in Spa auszugehen.

„Seitdem hatte man in manchen Kreisen sogar den Eindruck, daß was unsere Außenpolitik angeht, kein Blatt vor dem Baume zu fallen vermöchte, ohne daß Herr Stinnes oder ihm nahestehende Schwerindustrielle vorher mindestens ihre Meinung dazu zum Ausdruck bringen konnten. Jedenfalls waren das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und die Schwerindustrie im verflochtenen Jahre einander nicht fremd. Nun soll, wenn wir den parlamentarischen Wind in den Kreisen der Deutschen Volkspartei richtig deuten, auf einmal Sturm gegen Dr. Simons geblasen werden. Wir sind bereits gespannt, wer der Häuptling im beginnenden

Kampfe sein wird. Ist nicht bei der Schwerindustrie vielleicht schon lange ein Knäblein für diesen Posten geboren, das irgendwo als Generaldirektor das Vertrauen des uneingeschränkten Königs Sinnes erworben hat?“

Dieser scharfe Ausfall gegen Sinnes und seine Partei in dem Augenblicke, wo man ihn als notwendigste Koalitionstribut erklärt, zeigt zum mindesten, daß die Rechtsneigung in der Zentrumspartei nicht einheitlich vorhanden ist. Die Masche der Rechtsparteien zeigt aber auch, daß sie die Ministerstürze aus agitatorischen Gründen betreiben, weil sie auf eine neue nationale politische Welle hoffen, von der ihnen die Massen getragen werden sollen, auf die sie in den Preußenwahlen gerechnet hatten.

Das „Räuberland“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ beweist mit der Veröffentlichung einer Zuschrift, die den Titel „Das Räuberland“ trägt, daß die von ihr stets bemühte perfideste Demagogie noch gesteigert werden kann. Die Zuschrift lautet:

„Verbrechen über Verbrechen — das ist die traurige, beschämende Signatur unserer Zeit, sind die Folgen eines von der erdrückenden Mehrzahl des Volkes gar nicht gewollten Umsturzes. Kaum ist eine Untat bekannt geworden, da folgt schon wieder eine andere, Mord, Raub, Schändung von Kirchen — alles in bunter Reihenfolge. Wohin sind wir gekommen? Und was tut unsere Regierung dagegen? Nichts, denn sie gerade hat ja diese Geister alle gerufen und protegirt. Auch untergräbt sie jede Moral, jede Achtung vor Autorität, vor göttlichem Gesetz und duldet es, daß ein „Schürat“ eine neue Moral aufstellen und öffentlich verkünden darf: „Diebstahl kann unter Umständen eine sittliche Pflicht sein“, und: „Der Religionsunterricht in der Schule schädigt die Moral.“ Das ist nun wohl der Gipfel einer revolutionären Anschauungen, und wenn danach die Moral des Volkes immer tiefer sinkt, braucht man sich nicht mehr zu verwundern. Traurige Zustände! — Und die allerneueste Gestalt unserer Sicherheitszustände, der Überfall eines besetzten Personautos bei Strausberg? Wirklich, wir sind ein Räuberland geworden.“

So sehr es in der Beurteilung der Verbrechen aller Art im ganzen Volke nur eine Stimme gibt, so übel und so verbrecherisch ist doch ihre politische Ausnutzung, wo alle Welt — und damit doch auch die „Deutsche Tageszeitung“ — weiß, daß alle Räubereien und Verbrechen dieser Jahre nichts weiter als die ganz logischen Folgen des „Stahlbades“ sind. Dem Schreiber des Briefes an das Agrarierblatt empfehlen wir, einmal die Kriminalitätsziffern der Jahre 1915 bis 1918 zu lesen. Dann wird ihm vielleicht klar werden, daß er politische Falschmünzerei betreibt.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 12. März.

Die Lage des hiesigen Arbeitsmarktes zeigte im Monat Februar 1921 gegenüber der des Vormonats eine leichte Besserung. Es meldeten sich an männlichen Arbeitssuchenden 3259 gegen 3673 im Januar 1921. Demgegenüber wurden 997 offene Stellen gemeldet, von denen 854 durch den hiesigen Arbeitsnachweis besetzt wurden. Im Metallgewerbe bestand weiterhin eine erfreuliche Vermittlungstätigkeit. Es konnte von 317 Stellungsuchenden die Hälfte in Arbeit gebracht werden. Nach wie vor blieb trotzdem ein Mangel an einzelnen Spezialarbeitern für die Schiffbauindustrie bestehen. Im Baugewerbe trat eine erfreuliche Besserung ein, sodas sich während des Monats Februar nur 252 Arbeitssuchende meldeten. Von 243 landwirtschaftlichen Arbeitssuchenden gelang es nur 88 in Beschäftigung zu bringen. Das günstige Wetter wird es gewiß in den nächsten Monaten ermöglichen, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter in großem Umfange untergebracht werden. Erfreulicherweise verringerte sich auch die Zahl der jugendlichen Arbeiter. Es meldeten sich im Berichtsmont im ganzen 1556, wovon 304 vermittelt werden konnten. Zur Vermittlung von Frühlern wird, wie schon bei früheren Berichten, nochmals betont, daß die angegebenen Zahlen nicht etwa gleich

Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Kompert.

83. Fortsetzung.
„Wiederholen Sie mir, was Sie von mir verlangen.“ rief ich; und sie dagegen:
„Karl! mein goldener Herr Lehrer, einen guten Rat. Ich möchte nämlich, wenn ich vor Gericht stehen werde, dem Mädchen nicht schaden, aber auch mir nicht! Wie sange ich das an? Muß ich mir nicht einen... Verteidiger aufnehmen?“
„Sie sind ja keine Angeklagte, Frau Blütenstern! Wozu bedürfen Sie eines Verteidigers?“
„Man kann doch nicht wissen.“ meinte sie, „vor Gericht steht eine Sache bald so, bald anders. Meinem Sie, ich habe nicht schon gesehen, wie in ein Verteidiger die Sache aufsteht? Wenn der, den er verteidigt, gut acht gibt, so weiß er schon aus den Fragen, die man an ihn richtet, wie und was er auslegen soll. Aus Schwärz macht er Grün und aus Grün weht ein ganz unschuldiges Weiß. Soll ich mir nicht doch einen geschickten Verteidiger nehmen?“
„Sie sind aber nicht angeklagt, Frau Blütenstern; Sie sollen ja nur eine Auskunft erteilen.“
„Auskunft!“ meinte sie kopfschüttelnd. „Kann man sich bei einer Auskunft nicht auch verredden? Warum soll man nicht auch bei einer Auskunft den Verteidiger zur Seite haben können? Antworten soll ich erst, bis man mich zu einer Angeklagten macht? Was zu ich, wenn ich mit meiner ganzen Auskunft mich so verrede, daß dem Mädchen daraus Schaden erwächst? Ich will ihr ja nicht schaden!“
Ich verstand sie sehr wohl; aber ich begnügte mich bloß, ihr zuzurufen:
„Sprechen Sie die Wahrheit, Frau Blütenstern, die volle Wahrheit!“
„Das sagen Sie mir?“ fragte sie, mich zweifelnd anblickend. „Kann man denn mit der Wahrheit auch immer gut fort?“
„Aber!“ lachte ich.
„Sie lachste tief auf. Ich hatte ihr keine Erlösung gebracht; das ist unannehmlich.“
„Sie hefteten also wirklich darauf, Herr Lehrer, ich brauch' keinen Verteidiger? Und Sie meinen wirklich, ich soll nur die Wahrheit reden und nichts als die Wahrheit? Wenn ich aber zweifeln will... kann mich einer zum Reden zwingen?“
„Und da ich ihr in die Kränze ihrer feinen Dialektik nicht late, lagerte sich über ihr Antlitz eine große Traurigkeit. Es schienen ihr diese Tränen in den Augen.“

„Sie können mir also in meiner Herzensbedrängnis keinen Rat geben. Soll ich reden? Soll ich schweigen?“ fragte sie mich nochmals. „Warum schickt Gott gerade mir eine solche Bekümmernis? Habe ich denn das so nötig?“
„Sie kann Ihnen nur den einen Rat geben...“ sagte ich.
„Ich meinen den mit der Wahrheit?“ rief sie.
„Ja!“
„Dann will ich Ihnen folgen!... Aber ich habe ein großes Herzbekümmernis davon...“
Als sie schon draußen auf dem Hausflur stand, hörte ich sie noch durch die halboffene Tür, die sie zu verschließen vergessen hatte, pernehmlich vor sich hinsprechen:
„Wenn ich ihr nur nicht schade!“
Die Gesuche um Dispens vom ferneren Schulbesuche häufen sich, wie ich vernehme, in erschreckender Anzahl, namentlich in unserem Bezirke. Bei diesen böhmischen und mährischen Eisenbrechern, Webern, Gärtnergehilfen, Eisenbahnarbeitern usw. ist so ein zwölfjähriges Mädchen, das keine gesunden Arme rühren kann, ein gar wichtiger Bestandteil der Familie. Den „teppichunterbreiteten“ Existenzen muß es jetzt fast unfaßbar sein, was ein solch zwölfjähriges Mädchen auf den schmutzigen Dielen feiner väterlichen Wohnung bedeutet.
Da ist eine Großmutter weit aus Tschechien mit ihren Leuten herübergekommen, in die wildfremde große Stadt. Sie liegt seit zwei Jahren „kontrakt“ in ihrem schmalen Bette, das hinter dem Ofen steht. Man muß sie geradezu füttern, wie einen Säugling, denn die Hände sind ihr gelähmt. Wenn sie Durst hat, muß sie oft Viertelstunden warten, bis man sie hört. Kommt man ihr endlich zu Hilfe, so ist ihr vom langen Durste, wie sie sagt, der Durst „vergangen!“ Wer soll sie abwarten? Die Schwiegermutter? Die farrt drin in der Stadt an dem Bau des neuen Justizpalastes, der mit seinen vielen Türmen und Erkern sich sehr schön ausnehmen wird. Der Sohn, der geht mit dem grauen Morgen nach Simmering in die Zuteilpinnerlei und kommt vor dem Abend nicht nach Hause. Die Kinder? Sie gehen alle in die Schule; auch verstehen sie, da sie sämtlich hier zur Welt kamen, nur wenig von dem tschechischen Idiom, dessen allein ihre Großmutter mächtig ist.
Da ist aber das älteste Mädchen vorhanden; es zählt nach keinem Taufscheine zu sechzehn Jahren, das versteht es noch einigermaßen, weil es irgendwo in einem Dorfe des Riesengebirges einige Lebensjahre verbracht hat.
Namentlich weiß es, wenn die Großmutter nicht schlafen kann vor Schmerzen oder auch vor Hunger, sie in Schlaf zu

lassen mit traurig süßen Liedern, die sie noch in der Heimat oder von der Alten selbst erlernt hat.
Das Kind hat aber dazu keine Zeit, weil es erst am späten Nachmittage schlaflos ist. Am späten Abend allerdings ist die „kontrakt“ Großmutter hinlänglich versorgt, denn da sind die Töchter alle heimgekehrt, der Sohn aus der ferneren Zuteilpinnerlei; die Schwiegermutter vom Karren und Ziegeltragen bei dem prächtigen Justizpalaste.
Der Ortschulrat sagt übrigens zu diesem Falle entschieden: Nein! Dieselbe Antwort wird auch der Bezirkschulrat und in letzter Stelle selbst der hohe „Landeschulrat“ geben. Sie alle werden sich auf das „Gesetz“ berufen.
Wenn ich nicht irre, so waren bei den Vorfahren meiner Frau Blütenstern die Erstlinge der männlichen Jugend dem Herrn Jehova geweiht. Sie gehören ihm zu eigen, niemand anderem.
Unser Staat geht in dieser Beziehung noch viel weiter. „Alle Jugend, Knaben sowohl Mädchen, sollen mir bis zum vierzehnten Lebensjahre geweiht und zu eigen sein“, sagt er. „Ihre Kraft soll in meinen Diensten stehen.“
Ist das nicht eine Art von Opferkultus? Der Staat nimmt nicht nur die Erstlinge aller Menschenfrucht für sich in Anspruch; auch die Zweitlinge, die Drittlinge, sowie alles, was nachkommt, gehören ihm.
Ist es das, was meinem Herrn Kooperator zuweilen so bittere Worte in den Mund legt? Denn im Grunde genommen, ist es nichts als Eifersucht, was aus ihm spricht. Er hält alles für einen Eingriff in seine Machtsphäre.
Als im verflochtenen Winter die hohe Schulbehörde die Befürsichtigung traf, daß wegen der herrschenden Kinderkrankheiten der Kirchenbesuch auf ein geringeres Maß zu beschränken sei, mußte man, wenn man ihn hörte, annehmen, diese heilsame Maßregel sei ein Akt von Feindseligkeit, der unmittelbar gegen ihn selbst ausgehoben sei. Nichts vermochte ihn zu einer milderen Auffassung zu bewegen.
„Das geschieht nur“, pflegte er oft auszurufen, „um den Kindern die letzten, ohnehin spärlichen Reste der Kirche wegzutreiben... Warum lüert ihr eure Schule nicht? Warum erschneidet euch nur die Kirche so gefährlich?“
Ich weiß übrigens aus vielfachen Beobachtungen: hinter der horstigen Außenleiste dieses jungen Priesters birgt sich viel milder und liebenswerter Sinn.
Er darf nur nicht zweiben, daß das Opfer, welches der Staat von aller Menschenfrucht für sich begehrt und auf die Mäure der Schule niederlegt, ein armer und erhabener Gedanke ist, wie es in der Geschichte der Menschheit keinen zweiten gibt.
(Fortsetzung folgt.)

sind mit denen der Erwerbslosenunterstützungsempfänger. Die Zahl derselben ist weit geringer, da es von den Arbeitenden immerhin diesen gelang, bald Arbeit wieder zu bekommen, sobald die Erwerbslosenunterstützung für sie nicht in Frage kommen kann.

Die Sparbarkeit der Behörden. Man schreibt uns: Unsere Behörden sollen in ihren Ausgaben sparen, es ist gerade jetzt eine unbedingte Notwendigkeit, daß überall die größte Sparbarkeit angewandt wird. Wie es im allgemeinen beim Sparen üblich ist, daß es am verkehrten Ende geschieht, so ist dies im besonderen bei unseren Behörden der Fall. Die Sparbarkeit verlangt, daß insbesondere trotz vorhandener Arbeit die Zahl der Angestellten bei den Behörden verringert wird. Das geschieht in der letzten Zeit durch die Behörden in ausreichendem Maße. Was geschieht aber mit den Angestellten und wie zeigt sich praktisch das Ergebnis der Sparmaßnahme? Man höre und laune: Einem Angestellten der Gruppe fünf des Teiltarifs, vielleicht in der Tätigkeit eines Rangiervorstehers wird plötzlich mit der Begründung einschneidender Etaterschöpfung die Position gekündigt, ihm aber dabei die Möglichkeit des Verbleibens in derselben Position mit derselben Tätigkeit offen gelassen, wenn er sich mit einer Bezahlung der Gruppe vier, auch sogar nach der Gruppe drei einverstanden erklärt. Unter derselben Begründung der Etaterschöpfung entläßt man in den Versorgungsämtern Angestellte. Eine besonders ungeschickte Erscheinung spielt in der Entlassung von Angestellten unter demselben Gesichtspunkt, die man als Arbeiter wieder einstellt mit der Verpflichtung, ihre Tätigkeit in derselben Weise auszuüben. Angestelltenversicherung müssen diese Arbeiter natürlich auch zahlen! — Abzulehnen davon; daß solch unsoziales Verhalten seitens der Behörden im klaren Gegensatz zu den heutigen wirtschaftlichen Ertragssituationen, die sich jeder Berufsstand erkämpft hat, steht, ist es zur Beruhigung der Beamtenchaft unbedingt erforderlich, daß sich die Behörden zur Frage der Heruntergruppierungen unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage und zur Frage der willkürlichen Entlassungen äußern.

Experimente auf Kosten der Kriegsbeschädigten. Die Durchführung der neuen Steuergeetze steht bekanntlich auf große Schwierigkeiten, die, wie mit Recht behauptet wird, darauf zurückzuführen sind, daß die Bearbeitung der neuen Steuergeetze neuergeleiteten Verwaltungen obliegt. Ein altes Experiment, so schreibt man uns, will heute das Reichsarbeitsministerium durchführen, indem es die Pensionsregelungsbehörden, welche die heute bildende Abteilungen bei den Versorgungsämtern ersetzt. Doch damit nicht genug. Nach uns aus durchaus zuverlässiger Quelle zugegangener Mitteilung sollen diese Abteilungen mit Rücksicht auf die zum weitesten größten Teil besetzt werden, ungeachtet dessen, daß für diese Arbeiten eingehende Kenntnis aller einschlägigen Geetze und Bestimmungen bedingt ist und genügend jahrelang erprobtes fachmännisches Personal zur Verfügung steht. Wahrscheinlich will das Reichsarbeitsministerium einen ähnlichen Reinsfall wie die Finanzverwaltung mit ihrer Steuerpolitik erleben. — Ist das Reichsarbeitsministerium sich darüber klar, daß seine gute Absicht, die Kriegsbeschädigten schneller in den Besitz der ihnen zustehenden Gehältnisse zu bringen, durch diese Maßnahme vereitelt wird?

Frachtbriefe und Paketkarten. Wie die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft mitteilt, werden mit Rücksicht auf die wahrscheinlich zur Einführung gelangende Wertversicherung im Eisenbahnfrachtbrief- und Expeditionsverkehr Änderungen des deutschen Frachtbriefmusters und der Eisenbahn-Paketkarte notwendig. Es empfiehlt sich daher, bei Beschaffung oder Neubrud von Frachtbriefen und Paketkarten den Bedarf nur für kurze Zeit zu bemessen.

Wiederer Schiffsverkehr im Februar 1921. (Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes.) a) Seeschiffsverkehr. Es sind im Hafen 88 Dampfer, 19 Segler und 28 Seeleichter, zusammen 135 (1920: 117) Handelschiffe mit 25 212 (1920: 24 100) Reg. T. Raumtönnel angekommen und 86 Dampfer, 15 Segler und 28 Seeleichter, zusammen 129 (103) Schiffe mit 23 783 (1920: 22 995) Reg. T. Raumtönnel abgegangen. Ferner liefen 29 Schlepper ein und 28 aus. Beladen waren eintommend 88 Schiffe oder 85,2 Proz. (41,9 Proz.) und ausgehend 86 oder 86,7 Prozent (82,5 Proz.). Von den 264 Fahrten aller ein- und ausgehenden Schiffe kamen auf deutsche Häfen 59, auf Memel 1, auf Danzig 1, auf finnische 13, auf schwedische 127, auf norwegische 13, auf dänische 40, auf englische 1 und auf die Hochseefischerei 9. Dem Tonnenhaft nach entfielen auf inländische Häfen 12 954, auf Memel 258, auf Danzig 89, auf finnische 4578, auf schwedische 22 652, auf norwegische 3354, auf dänische 8709, auf englische 519 und auf die Hochseefischerei 882. Die deutsche Flagge führten 190, die memelische 2, die finnische 13, die schwedische 43, die norwegische 2 und die dänische 14. Die eingebrachten Gütermengen betrafen sich auf 21 292 und die ausgeführten auf 17 812 Tonnen. Von der Gesamtladung kamen auf Deutschland 2816, auf Memel 262, auf Finnland 8991, auf Schweden 27 881, auf Norwegen 2312, auf Dänemark 2068 und auf die Hochseefischerei 84 Tonnen. — b) Binnenverkehrsverkehr. Auf dem Elbe-Trade-Kanal und auf der Trave verkehrten 186 (212) Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 62 343 (66 690) Tonnen, die 23 689 (34 338) Tonnen Güter herbrachten und 1894 (4724) Tonnen mitnahmen. Beladen waren eintommend 90 Schiffe oder 86,7 Proz. (93,5 Proz.) und ausgehend 14 Schiffe oder 13,6 Proz. (30,7 Proz.).

Zentrale für private Fürsorge (Mittagessen). Im Mittags- tisch i der Zentrale für private Fürsorge, Königsstr. 19, wurden im Monat Februar an 24 Tagen 2642 Portionen ausgegeben. Krank- stoffe wurde an ebensolchen Tagen 2773 Portionen verteilt. Im Mittagsessen II der Zentrale für private Fürsorge, Köhlerstr. 17, wurden an 28 Tagen 1976 Portionen verabfolgt.

Bahnanschluß für die Lübeckischen Entlasten im Lauenburg- ighen Der von der Bürgerchaft eingeleitete Ausschuss zur Vor- prüfung des diesbezüglichen Senatsantrages berichtet u. a.: Die Vorlage lacht nachträglich die Mitgenehmigung der Bürgerchaft nach zu dem Senat gegebenen Zusicherung, daß der Lübeckische Staat sich an den Kosten der generellen und ausführlichen Vorar- beiten für den vom Kreise Lauenburg geplanten Bau einer Klein- bahn von Wölln über Kageburg nach Schärenhöhlen oder Treu- hof mit einer Abzweigung an die Hamburg-Berliner Bahn nach dem Verhältnis der auf Lübeckisches Gebiet entfallenden Teilstrecke zur Gesamtstrecke der Kleinbahn beteiligt, unter der Voraus- setzung, daß bei Kasse und in der Nähe von Groß-Schneffaken Bahnhöfe vorgesehen werden. Für ein weiteres, der Bürgerchaft aus Zweckmäßigkeitsgründen vorweg zur Kenntnisnahme mitge- teiltes Abkommen mit dem Kreise Lauenburg wegen einer Be- teiligung Lübeds am Bau und Betriebe der Kleinbahn, das erst nach Feststellung der Gesamtkosten des Bahnbaues getroffen werden kann, ist vom Senate ausdrücklich die Mitgenehmigung der Bürgerchaft vorbehalten. Der Ausschuss empfiehlt nach Lage der Dinge, die vom Senate gegebene Zusicherung betreffs der Kostenbeteiligung Lübeds an den Vorarbeiten des Bahnprojektes nachdrücklich gutzuheißen. Er hätte es freilich lieber gesehen, wenn in der Vereinbarung das Maß der Beteiligung Lübeds an diesen Kosten die für die in dieser Hinsicht allein in Betracht kommende, etwa 50 Kilometer lange Bahnstrecke von Kageburg bis Schären- höhlen oder Treuhof auf 1300 Mark für jedes Kilometer geschätzt sind, nach oben hin begrenzt worden wäre, zumal ihm zweifelhaft erscheint, ob diese Schätzung nicht zu niedrig gegriffen ist. Er bittet deshalb, möglichst noch nachträglich im Verhandlungsweg die Festlegung einer Höchstgrenze der finanziellen Beteiligung Lübeds zu erreichen. Der Ausschuss empfiehlt demnach den Senats- antrag zur Mitgenehmigung, beantragt aber zugleich, an den Senat das Ersuchen zu richten, mit der Verwaltung des Kreises Lauenburg in Verbindung zu treten behufs Festlegung einer Höchst- grenze für die Beteiligung des Lübeckischen Staates an den Kosten der generellen und ausführlichen Vorarbeiten für den geplanten Bau einer Kleinbahn von Wölln nach Schärenhöhlen oder Treu- hof.

Hilft Euch vor der Fremdenlegion! Im ganzen Reihe, auch in Norddeutschland macht sich seit Monaten eine rege Werbetätig- keit für die französische Fremdenlegion bemerkbar. Der Zustrom her meist unter Anwendung von Zwangsmitteln Angeworbenen, ist außerordentlich groß. Von jeher waren die Deutschen das beste Material für die Fremdenlegion, daher richtet Frankreich sein Augenmerk wieder auf Deutschland. Eine Werbung um Deutsche für ein fremdes Heer ist im § 141 des R. St. G. B. mit schweren Strafen belegt. In der letzten Zeit ist es zum Glück mehrmals ge- lungen, Werber bei der Ausführung ihres schändlichen Gewerbes abzufassen. Die Fremdenlegion ist vollendete Sklaverei. Die ver- hängten Strafen haben in gar keinem Verhältnis zu der beangene- ten Tat. Der Willkür niederrichtiger Vorgesetzten ist Tür und Tor geöffnet. Zudem müssen alle Strafen nachgeholt werden, sobald meist die fünf Jahre, zu denen sich der Angeworbene ver- pflichtet muß, um eine Reihe von Jahren verlängert werden. Die Röhnuna ist am geringen; vor dem Kriege betrug sie 5 Cen- times, das sind 4 Pfennige, jetzt ist die Röhnuna auf 25 Centimes heraufgesetzt worden. Für diesen Schandlohn mühen die Vermittler unter den schlimmsten Umständen in einem mörderischen Klima für Frankreich schwere Fronarbeit verrichten. Fürchtbar sind

die werten Märkte durch die Wüste. Wer marode am Wege I gen bleibt, dem nimmt man die Waffen ab und überläßt i seinem Schicksal. Er fällt den wilden Tieren zum Opfer oder w von den Bewohnern der Wüste nach entsetzlichen Martern u geschlagen. Entsprechend dem ganzen Verhältnissen sind die W lude außerordentlich hoch: sie betragen nach einer französischen Statistik 80 Prozent. Die Legionäre sind in erster Linie Arbeiter Arbeiter, die zu allen, auch den beschwerlichsten und gefährlichsten Arbeiten, für die den Franzosen die eigenen Landsleute zuscha sind, gezwungen werden. Sie erhalten nach der Entlassung kein Pfennig Entschädigung. Dazum: hüte sich jeder vor der Fremde legion!

pb. Diebstahl. Einem in der Moissinger Allee wohnhaft Dienstmädchen ist am Sonntag ein grauarierter Mantel n schwarzen Hornknöpfen abhanden gekommen und vermutlich i stohlen worden, als sie diesen auf kurze Zeit an einen Chausse- graben in Nabeßgasse gelegt hatte, um einer Freundin das Ra- fahren zu lernen. — Von dem unverrichteten Haussturz ein- Hausles an der Obertrabe ist ein schwarzer Damenpüschmantel eine schwarz-weiße Bluse, eine altertümliche silberne Brosche u ein Herrenportemonnaie mit 34 Mk. gestohlen worden. U ähnlichen Tage hatten zwei Männer das Geschäft eines in d Hülzstraße wohnhaften Schneidermesters betreten, von denen i der eine derselben einen Anzug anmessen lassen wollte. Währen der Schneidermester mit dem Maßnahmen beschäftigt war, en- fernte sich der andere unter dem Vorwande, während des Ma- nehmens zu einem Krieger gehen zu wollen. Erst einige Ze- nachher, als beide Männer fort waren, bemerkte der Schneide- mester das Fehlen eines Stüdes von 10 Meter dunkelblaue Cheviotanzugstoff im Werte von über 2000 Mk. Nach Lage d Sache kann für den Diebstahl nur einer der in Rede stehende Männer in Frage kommen. Der Geschädigte führt für d Wiederherbeschaffung des gestohlenen Stoffes eine Belohnung vo 500 Mk. zu.

pb. Festgenommen wurde ein Maurer aus Danzig, der st einen hiesigen Kaufmann einige Seiten Speck zum Räuchern na einem Schlächtermesser gebracht hatte. Die Kenntnis von de Vorhandensein der Speckseiten hatte der unehrliche Maurer ab- dazu benutzt, später wieder zu dem Schlächtermester zu geh- um sich von letzterem unter schmeichelehaften Angaben eine Sei- Speck zurückzuerbitten wahrlich einlich, um diese zu seinem Vorze- zu verkaufen. Dieses gelang ihm aber nicht, denn er wurde scho- mit seiner Beute auf dem Wege nach einer Herberge angehalte- und festgenommen. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Schmieid aus Schwartau, der einem Landwirt in Berlin in Eb- bin, Speckseiten und Schinken gestohlen hatte, und ein Schuhmach- aus Klein-Tucheln, der überführt und gefländig ist, einen Dand- mit Reisbrotmarken getrieben zu haben.

Angrenzende Gebiete.

Kiel. Wohnungsnot. Die Zahl der Wohnungsuchende betrug am 1. Februar 1921 7042, davon waren 4000 Gesuche drin- gend. Die Zahl der Wohnungen hat sich in den letzten Jahren un- 600 bis 700 vermehrt, ein Zuwachs, der nicht im entferntesten ge- nügt, um die Wohnungsnot zu beseitigen.

Wilhelmshaven. Umstellung der Wilhelmshavener Werft. Die Umstellung der größten deutschen Reichswerft der ehemaligen „kaiserlichen“ Kriegsschiffswerft Wilhelmshaven auf Friedensarbeit macht rasche Fortschritte. Zunächst wurde d Werft in vier Teile zerlegt. Während der eine Teil als Marine- werft weitergeführt wird, kam der andere zum Konzern der Reichswerke A.-G., einem Wirtschaftsgebilde, das von dem Privat- kapital aus Konkurrenzgründen arg bedrückt wird. Der dritte Teil wurde zu einer Abwrackwerft eingerichtet und der vierte un- letzte ist durch die neugebildete Hochseefischerei der beiden Städte Wilhelmshaven und Riffingen für ihre Zwecke übernommen worden. Durch diese rasche Umstellung auf Friedensstätigkeit i- es gelungen, die Zahl der vor dem Kriege hier beschäftigten Ar- beiter vorläufig weiter zu halten. Ob das auch für die fernere Zukunft möglich sein wird, hängt davon ab, inwieweit es gelingen- wird, auswärtige Aufträge aus Reichs- und Privatländern nach- zu befriedigen zu dirigieren. — Im einzelnen ergibt sich aus de- folgenden Tätigkeiten der genannten Betriebe folgendes Bild: die Ma- rinewerft dient in erster Linie der Reparatur von Kriegsschiff- zeugen, die teils für Zwecke der Entente, teils für die eigene Ma- rine ausgeführt werden. Daneben werden auch Privataufträge in großem Umfange erledigt. Das Reichswerk ist ganz auf die

Die beiden Nachbarinnen.

Von Charles-Louis Philippe*

„Aber nun kommen Sie doch zum Kaffeetrinken, Frau Mal- cuit!“ So fing der Tag an.

Während der einen Woche machte Mutter Chotard den Kaffee, in der folgenden hatte Mutter Malcuit das zu besorgen. Auf die Weise brauchten sie doch morgens nicht beide Feuer anzu- machen.

Der Kaffee stand schon auf dem Tisch, wenn die Eingeladene bei der Nachbarin ankam. Sicher hätte Mutter Chotard für beide guten Kaffee gekocht, aber Mutter Malcuit hatte die Geschichte angefangen. Diese alte hohle Person hatte sich nämlich den folgenden Trick ausgedacht: Anstatt den Inhalt der beiden Tassen sich mit Milch zu lassen, gab sie schnell den Kaffee ein, der zuerst durch das Sieb gelaufen war. Dann erst rief sie ihre Nachbarin, und diese mußte dann einen farblosen Aufguss trinken, der aus dem schon ganz kraft- und schmacklos gewordenen Saft zubereitet war. Schließlich hatte Mutter Chotard dies Verfahren der an- deren nachgeahmt.

Doch etwas anderes war ebenso unangenehm, wie schlechten Kaffee zu trinken. Um nicht zu zeigen, daß sie sich ärgerte, sah sich die Nachbarin gezwungen, der Nachbarin noch Komplimente zu machen.

„Ach, Sie finden ihn vielleicht gar nicht mal gut?“

„Oh, der Kaffee, den Sie machen, schmeckt immer ausge- zeichneter!“

Der nun gerade diese letzten Worte gesagt hatte, mußte dann heimlich denken: Du wirst ja schon sehen, Ma, was für einen Kaffee du nächste Woche vorsetzen wirst!

Sie waren durchaus aufeinander angewiesen, denn ihre bei- den Häuser lagen ganz vereinsamt außerhalb der Stadt. Feuer hätte ausbrechen, Diebe hätten kommen können, wenn beide gleich- zeitig fortgegangen wären.

Um 9 Uhr, wenn Mutter Malcuit sich auf den Weg machte, um ihre Aufwartung zu besorgen, sagte sie:

„Frau Chotard, Sie sind wohl so gut, von Zeit zu Zeit mal bei mir nach dem Rechten zu sehen.“

Mutter Chotard benutzte die Abwesenheit der anderen dazu, um sich wegen all des Unbehagens, das diese Nachbarchaft ihr bereitere, zu rächen. Sie legte all ihren Reichtum vor die Tür der Mutter Malcuit. Viel Verdruß machte ihr jedoch der fol- gende Umstand: Mutter Malcuit war ungläubig, und daher war ihr das ziemlich gleichgültig.

Diese tat übrigens so, als ob sie gar nichts merkte, weil sie wußte, daß sie sich nachmittags schlaflos halten konnte. Denn dann war die alte Chotard regelmäßig bei ihrer verheirateten Tochter, die einen Bauerhof weit draußen im Lande bewohnte. Beim Abgehen sagte sie:

„Frau Malcuit, Sie achten wohl, bitte, ein Bißchen darauf, daß mir die Hühner nicht in den Garten kommen.“

Mutter Malcuit hatte niemals Bedauern annehmen wollen. Sicherlich wäre es doch das Beste gewesen, die Hühner erst mal in den Garten hineinlaufen zu lassen, damit sie dort in dem Gemä-

herumscharen und es verderben konnten. Doch um so zu han- deln, besah sie nie die Gebäu. Sie wartete erst gar nicht, son- dern sagte, sobald sie die Türe sah, nach einem Stoß und pre- gelte gehörig auf sie los.

Der Tag kam, an dem Mutter Malcuit sich darüber freuen sollte, so gegen ihre Nachbarin gehandelt zu haben. Wurde denn nicht Mutter Chotard tatsächlich heftig Jahre alt? Ihre Tochter und ihr Schwiegerjohn lehten sich eine Idee in den Kopf, wie man sie wohl nur in einem Bauerhof findet. Sie bildeten sich nämlich ein, daß eine Frau, wenn sie ein gewisses Alter erreicht habe, plötzlich schwer erkranken könne. Da ist es denn schon besser, daß sie zu den Kindern zieht; die haben dann nicht so viel Um- stände, wenn sie ihrer Pflege bedarf.

Mutter Chotard, diese alte niederrichtige Person, nahm wahrhaftig das Anerbieten ihrer Kinder an. Mutter Malcuit hatte auf reden:

„Ma, und ich! Bin ich denn nicht auch noch da?“ Die andere erwiderte gelassenen Tones:

„Und wenn schon! Bei meinen Kindern ist man doch immer am besten aufgehoben!“

Ende Mai zog sie um. Ihre Möbel waren alt, sie stammten noch aus Vater Chotards Zeiten. Mutter Malcuit erlebte noch zuletzt einen Augenblick fremdiger Erregung. Sie übermachte das Fortschaffen der Möbel schadenfrohen Auges, immer hoffend, daß sie in den Armen derer, die sie hinausstragen, aufkommenbrechen würden. Aber das Glück, einem solchen Schauspiel beizuwohnen zu dürfen, ward ihr nicht zuteil. Und als alles weggeholt war, mußte sie sich zu ihrem Verdruß gefehen, daß sie sich seitens wie ein Einfallspindel benommen hatte. Diese alte Chotard hatte doch sicher irgendwas Geld versteckt gehabt. Wie hatte sie nur daran nicht denken können? Noch vor acht Tagen wäre es Zeit gewesen, sich mit einem Diebe in Verbindung zu setzen!

Doch es kam noch schlimmer: in dem Augenblick, da die beiden sich trennten, bemerkte Mutter Chotard den Wunsch, Mutter Mal- cuit zu töten. Diese Mächte der Nachbarin Wangen blüht in ihrem Rande. Aber sie durfte nicht hineinkommen, sie mußte sie wieder lassen.

Eine Woche lang haben sie sich nicht. Was geschah in dieser Zeit? Gar nichts! Mutter Malcuit hatte mit der Besorgung des Hausbaus bei dem Steuerzahler, dann auch mit ihrer eigenen Wirtschaft viel Arbeit; sie mußte sich ihr Mittagessen kochen, und nachmittags gab es allerhand zu kochen und zu waschen und Strümpfe zu stricken. Mutter Chotard fand bei ihren Kindern noch mehr Arbeit vor, als sie früher in ihrem eigenen Heim gehabt hatte.

Es mußte der erste Sonntag im Juni herannahen, damit ein Ereignis stattfinden konnte, das zunächst ganz außergewöhnlich schien. Mutter Malcuit legte gerade ihre Stube, als sich die Tür weit öffnete. Und wer trat ein? Mutter Chotard.

Sie hatten sich stets mit „Ma“ und dem Familiennamen an- geredet. Hüte man vor acht Tagen eine der beiden nach dem Vornamen der anderen gefragt, so wäre sie außerstande gewesen, ihn zu nennen. Doch in demselben Augenblick, da ihre Blide sich auf freuten, erinnerte sich Mutter Malcuit, daß Mutter Chotard Katharine hieß, und eben so fiel es Mutter Chotard ein, daß sich Mutter Malcuit Magdalena nannte.

Wie Katharine Chotard aus dem Saal ging, so allein im Saal ihres Schwiegerjohnes herumgelehrt und an Gott reiß

was gedacht hatte, war es ihr plötzlich eingefallen, daß der fol- gende Tag ein Sonntag sei und daß sie dann gut mal zur Stube gehen und die Messe hören könne. Ihr Weg würde sie dann ja auch an dem Hause Magdalena Malcuits vorbeiführen. Und sie versicherte: „Ich habe gewiß Gott von Herzen lieb, meine gute Magdalena. Doch ich glaube, als ich daran dachte, Sie auf diese Weise mal wieder sehen zu können, war es mir darum noch mehr zu tun, als um das Beten.“

Diese Worte machten die andere nicht wenig glücklich. Acht Tage lang hatten sie sich nicht zu sehen bekommen. Der liebe Gott mußte jetzt darunter leiden. Als es zum zweiten Male zur Messe läutete, sagte sich Katharine Chotard zunächst, daß es nicht ohnehin nach dem Läuten beginne. Und als der Augenblick heran- kam, da der Gottesdienst angefangen haben mußte, gab sie dem Zuge ihres Herzens nach:

„Was kann's heißen! Ich fühl' es wohl, daß ich Sie jetzt nicht schon wieder verlassen kann.“

Mutter Malcuits Freude zeigte sich in dem Ausruf: „Dann will ich Ihnen doch gleich mal Kaffee kochen! Das wird uns die schönen Tage von einst wieder ins Gedächtnis zurückrufen!“

Sie bereitete den Kaffee vor ihrer Freundin mit größter Sorgfalt zu: Tropfen für Tropfen gab sie das kochende Wasser nach. Und als sie soviel nachgegossen hatte, daß es zu einer Tasse langte, wollte sie von nichts hören: sie reichte Katharine die Tasse; sie mußte den ersten Kaffee trinken, denn der Schmeck ja immer am Schönsten.

Es fiel ihnen sehr schwer, sich zu trennen, und wenn sie es schließlich überhaupt fertigbrachten, so kam das daher, daß sie ein Mittel gefunden hatten, sich nun öfter wiederzusehen.

Alle Nachmittage trieb Katharine Chotard das Vieh ihres Schwiegerjohnes auf die Weide und hütete es bis zur Abendzeit. Diese Weide lag von dem Häuschen der Magdalena Malcuit sehr weit entfernt. Doch was tat das! Sie machte den Weg! Sie ging hinauf zu, trotz ihrer Krampfadern, um als erste da zu sein. Sie kaufte englische Bonbons, weil Katharine einmal gesagt hatte, daß sie die am liebsten möge. Sie hätte ja Pfefferminz- plätzchen vorgezogen oder noch lieber gar nichts besorgt, um ihr Geld zu sparen. Doch Leute, die man lieb hat, muß man natür- lich Aufmerksamkeit erweisen. Dicht nebeneinander im Schatten ruhend, lutschten sie ihre Bonbons und oftmals sagte die eine zur anderen:

„Aber da sehe ich ja, daß mein Platz viel besser ist als Ihre. Wollen wir nicht tauschen?“

Sie sprachen mit frommen Plänen von der Vergangenheit. Sie waren zwölf Jahre lang Nachbarinnen gewesen, aber sie sagten:

„Wenn man so zwanzig Jahre nebeneinander gehaut hat...“

Katharine gab nicht viel acht auf das Vieh. Ihre Gedanken beschäftigten sich nicht mit ihrem gegenwärtigen Leben.

„Erinnern Sie sich noch, Magdalena, wie glücklich wir uns einander waren? Wir hatten jede so unsere kleinen Eigenheiten!“

„Das will ich meinen“, versetzte Magdalena, „Morgens, da trat man zusammen Kaffee. Dann sagten Sie vor meiner Tür, Nachmittags dachte ich auf die Hühner auf. Ach ja — wie schnell ist die Zeit doch vergangen!“

Sie trennten sich erst bei hereinbrechender Nacht. Und sie gaben sich einen Kuß, ohne den Wunsch einander in die Arme zu ziehen.

* Die Ausgabe der Gesamtwerke dieses letzten französischen Dichters ist im Kassel-Berlin in Leipzig erschienen.

Friedensfähigkeit eingestellt. Auf diesem sind zurzeit 18 große Fischdampfer, für Islandfahrt berechnet, in Arbeit. Weiter befinden sich zehn durch eine Oldenburgische Firma bestellte Torsbagger im Bau, und neben einer großen Reihe kleinerer Aufträge der verschiedensten Art wird die Reparatur von 30 Eisenbahnwaggons und 50 Lokomotiven erledigt. Die Direktion des Werkes ist energisch bemüht, neue Aufträge heranzuziehen. Beide Werften beschäftigen gegenwärtig rund 10.000 Arbeiter und Angestellte. — Die noch junge Seefischerei U. G. hat bereits 22 Dampfer laufen, weitere befinden sich im Bau.

Oldenburg. Die Ernährungspläne des Ministerpräsidenten. In Oldenburg sprach der Ministerpräsident Langen vor Vertretern der Kommunalverbände und sonstiger Organisationen über die von ihm auf der Konferenz der Ernährungsminister vertretenen Pläne der oldenburgischen Regierung und die Pläne der künftigen Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Bezüglich der öffentlichen Bewirtschaftung des Fleisches führte er aus, daß die Rudimente der Zwangswirtschaft verschwinden müssen. Die Produktion an Schweinen werde sich durch die Einfuhr von Mais und anderen Futtermitteln im Laufe dieses Jahres so steigern, daß die Fleischversorgung zu Bedenken keinen Anlaß gebe und die Preise im Laufe dieses Sommers fallen würden. Bezüglich der Kartoffelversorgung könne eine restlose Freiheit in der Bewirtschaftung eintreten. Einer Versorgung der Brennereien mit Kartoffeln könne jedoch nicht stattgegeben werden. Die oldenburgische Regierung stehe auf dem Boden der freien Wirtschaft. Die Getreidewirtschaft nach dem bisherigen System habe vollständig versagt. Es müsse das *Umlagegesetz* eingeführt werden. Die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung des Getreides gehe aus verschiedenen Gründen nicht. Durch die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung würde der jetzige Brotpreis erhöht, auf den Weltmarktpreis hinaufgetrieben, wie dies bei den meisten Lebensmitteln der Fall sei. Brot und Kartoffeln sind die Grundlagen unserer Ernährung. Diese beiden Artikel sind wesentlich niedriger wie der Weltmarktpreis. Dadurch sei es möglich, bei niedrigeren Löhnen die Exportfähigkeit unserer Industrie zu fördern. Ein weiterer Grund sei, daß nicht Brotgetreide an das Vieh verfüttert werde. Es werde das Landbesitzersystem für alle vier Getreidearten eingeführt werden. Eine Anbaustatistik sei die Grundlage des Umlageverfahrens. Auf der Konferenz ist die Ablieferung auf 350 bis 400 Kilogramm pro Hektar festgelegt worden. Ueber den Rest der aus dem Ertrag sich ergebenden Mengen bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. Wenn man den Schleißhandel beseitigen wolle, müsse man den Rest dem Erzeuger zur freien Verfügung überlassen. Würde zu den 3½ bis 4 Doppelzentnern noch ein Teil Getreide aus dem Ausland eingeführt, so würde der Schleißhandel beseitigt. Die Mühlen müssen freigegeben werden. — Zur Milch- und Butterbewirtschaftung übergehend, betont Redner: Wir hätten kein Interesse mehr an der Zwangsbewirtschaftung der Butter, da andere Fette und Öle billiger sind. Mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung werde allmählich der Butterpreis heruntergehen, da jetzt nur die Reichsten noch dieses kaufen können. — Sodann gelte die Minister scharf das Verhalten mancher Landwirte, die Milch zu anderen Zwecken zu verwenden. Trotz drakonischer Strafen sei es nicht gelungen, die Milch dort hinzubringen, wo sie gefordert wird. Mit Zwang sei eben nicht durchzukommen. Deshalb müsse die Zwangsbewirtschaftung auch hierfür aufgehoben werden und sich die beiderseitigen Interessen betr. Versorgung der Kinder und Kranken mit Milch vertraglich zusammenschließen. — In der anschließenden Aussprache wurde von südschleswigischen Vertretern ausgedrückt, daß das neue Ablieferungsverfahren für Getreide mit 4000 Kilogramm noch ein größerer Zwang sei, wie das bisherige Verfahren und wurde gewünscht, lieber das bisherige Verfahren aufrecht zu erhalten. Andererseits erklärte man sich mit den gedachten Maßnahmen der Regierung einverstanden.

Die Riesengewinne des Unternehmertums.

Während immer größere Teile des arbeitenden Volkes in das schwärzeste Elend verfallen, festet die Profligkeit des krupellosesten Unternehmertums immer noch wahre Organe. Nach wie vor wird die Konjunktur der durch den Krieg geschaffenen Zustände rücksichtslos von den Besitzenden ausgenutzt, während die Besitzlosen ausgeplündert werden. Kein Tag vergeht, an dem man nicht von den Riesengewinnen der industriellen Unternehmungen zu berichten hätte, und diese Riesengewinne werden nicht etwa nur durch den Export, sondern auf dem Inlandsmarkt, also durch die Bewucherung des eigenen Volkes erzielt. Ein besonders eklatantes Beispiel dafür bietet der Geschäftsbericht einer Baumwollenspinnerei in Bayern, der eben jetzt veröffentlicht wird. Diese Gesellschaft, die ein Aktienkapital von 4¼ Millionen Mark hat, hat im letzten Jahre einen Reingewinn von nicht weniger als 12,6 Millionen Mark erzielt, also das Vierfache des Aktienkapitals. Dabei stehen in dem Aktienkapital 1½ Millionen Gratsaktien, die für das Jahr 1919 neben einer Dividende von 20 Prozent an die Aktionäre ausgegeben worden waren. Jetzt bekommen die glücklichen Aktionäre wiederum 20 Prozent Dividende und 9 Millionen Mark in Form von Gratsaktien. Der Erneuerungsfonds des Unternehmens beträgt 8 Millionen Mark, so daß also auch hier fast das Doppelte des bisherigen Aktienkapitals als Reserve steht, von den übrigen Rücklagen ganz abgesehen. Das Beispiel, das beliebig vermehrt werden könnte, ist so lehrreich, weil es ein klarer Beweis dafür ist, wie unsere wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Selbstsucht der Unternehmer beherrscht werden. Eine Baumwollenspinnerei wie die Bayerische arbeitet in der Hauptsache nicht für den Export, sondern für den Inlandsmarkt. Der deutsche Verbraucher muß also die ungeheuren Gewinne bezahlen, von denen der Geschäftsbericht dieser Gesellschaft Kenntnis gibt. Dies wirkt sich in den Preisen für die Textilien in weitgehendem Maße aus, daß die breitesten Schichten des Volkes nicht in der Lage sind, auch nur ihre allerdringendsten Bedürfnisse an Wäsche und Kleidung zu decken. Das Unternehmertum ist seit dem Kriege gewöhnt, mit Gewinnen von Hunderten von Prozentsen zu rechnen, während es sich früher mit wesentlich geringerem Profite begnügen mußte. Die Produktion wird eher eingeschränkt, als daß man den Gewinnanteil herabsetzen würde. Und dabei herrscht beim Volk der denkbar größte Warenmangel, der aber bei den künstlich hoch gehaltenen Preisen nicht befriedigt werden kann. Darin liegt das große Verbrechen, das der profitgierigen Kapitalismus an der Allgemeinheit begeht: der Egoismus des einzelnen fähigt sich vom Fleische des eigenen Volkes. Eine Besserung dieser Zustände ist nur dann zu erwarten, wenn dieser Selbstsucht durch den Willen des Volkes Fiegel angelegt werden. Daß die heutige Reichsregierung mit ihren rein kapitalistischen Wirtschaftspolitikern dazu nicht fähig ist, bedarf keines Beweises. Ihr Ideal ist ja die freie Wirtschaft, das freie Spiel der Kräfte, gleichviel, ob bei dieser „Freiheit“ das Volk ins Elend gestossen wird, wie das tatsächlich der Fall ist.

Reich und Ausland.

Zum Tode verurteilt. Vom Magdeburger Schwurgericht wurden die beiden Straßendiebe Peter Budzial und Paul Menz, die Fußgänger und Gelbarme in mehreren Fällen angefallen und auch den Landwirt Schulze aus Roddorf erschossen hatten, abgeurteilt. Peter Budzial wurde zum Tode und sieben Jahren Zuchthaus, Menz zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. **Der Meise-Gletscher rückt.** Aus Grenoble wird gemeldet, der Meise-Gletscher ist innerhalb kurzer Zeit 200 Meter vorwärts gerückt. Die gesamte, in Bewegung befindliche Eismasse ist auf 20 Millionen Kubikmeter zu schätzen.

Theater und Musik.

Kammerspiele des Stadttheaters. Man sah am Donnerstagabend wieder einmal zusammen bei Sloboda „Am Tee“, an dem so nett, witzig und manchmal auch etwas boshaft über Liebe und was damit zusammenhängt geplaudert wird. Vor Jahren schon importierten Hamburger Künstler das Lustspiel nach hier. Das darin gefundene Lob der dreieckigen Ehe verging damals im Stadttheater das Publikum und hielt es sehr wieder in dem kleinen Raum im Kellerräumen in aufregender Stimmung. Die ganze Geschichte verläuft zudem so harmlos und ohne Beschädigung irgend welcher ehelichen Treue, daß auch derjenige, der im Leben nicht im Bunde der Dritte, sondern der Zweite ist, daran Wohlgefallen findet und glaubt, sein Haus sei ebenfalls vor Dieben gesichert. Zwei knappe Stunden Zeitvertrieb ist der Zweck des Stückes, das am Donnerstag unter Heilmann's Leitung sehr wirkungsvoll gespielt wurde. Herr Moran bringt für den Abel alle erforderlichen Attribute mit; westmännische Eleganz, Nebenwärtiges Schwermertum und frischen, überlegenen Wit. So bildete er den Mittelpunkt des Interesses. Frau Heilmann war als Lea geschmackvoll in Wesen und Kleidung; eine anständige Frau, der man auch nichts Schlimmes zutraute. Ihren Gatten, der nur Zeit für seinen Beruf aber nicht für sein Weib hat, verkörperte Herr Stein recht eckelnd. In kleineren Rollen trugen Rita Stengel und Max Burdhard zum Gelingen der Vorstellung bei, der ein hübscher und behaglicher heinischer Rahmen gegeben war.

Die gegenwärtige Witterung ist für Sänger und Sängerinnen wenig angenehm. Abgesehen wegen Heiserkeit sind dauernd zu verzeichnen, in der Umkleekabine und die Berufung auswärtiger Mithilfe eine fast ständige Erscheinung sind. Auch die „Lohengrin“-Aufführung am Donnerstag hatte darunter schwer zu leiden. An Stelle Mannskübs mußte Wolfgang Martin auf den Dirigentenstuhl steigen, für Heilmann mußte Waaner den Lohengrin singen. Die junge Dame, die für das Weib kandidieren wollte, hatte abgelaßt. Für sie sprang Frau Bogel-Lüttichmann aus Hamburg ein und sang die Ortrud, ein Ersatz, mit dem man schon zufrieden sein konnte. Denn der Hamburger Gast verfügte nicht nur über einen ansprechenden, wohlgeklungenen Alt, sondern sich auch in der Darstellung des dämonischen, ränkevollen Raltes nichts zu mistischen Abstr. Den Telramund sang Karl Walter auf Anstellung. Sein Bariton ist von ausgesprochen heller Klangfarbe, aber sonst nicht ohne Wohlklang. Das Spiel war gemant und ausdrucksvoll. Ueberhaupt mochte der offenbar noch sehr junge Mann herkömmlich einen sehr lehrreichen Eindruck. Er scheint das Recht dazu zu haben, die Nachfolge Helmut Seifers anzutreten zu können. Als Elsa hörte ich zum ersten Male Alice Brühn und bin in der angenehmen Lage, von ihr nur Gutes berichten zu können. Ich habe zwar lediglich dem zweiten Akt zusehen können, aber hier war sie ganz ausgezeichnet und eine außerordentlich wichtige Elsa, als sie mit verklärtem Antlitz die Treppe zur Frauenmohung herabstieg. Rosa Kimmendorf (Röna Heinrich) hatte unter schwerer Heiserkeit zu leiden, in daß er die Zuhörerschaft um gütige Nachsicht ersuchen lassen mußte.

Spiel, Sport und Körperpflege.

A. T. B. Liga Hamburg-Winterhude von 1893 3:0. Die beiden Mannschaften zeigten uns, wie man Fußball spielen soll. Von Anfang bis zum Ende ein flottes, aber faire Spiel. 93 Berührte in der ersten Wertelrunde maßlich der Turner Tor, doch ist der Kicker auf seiner Hut, unterläßt von der auf arbeitenden Verteidigung. Dann rasende Angriffe beiderseits, doch ist A. T. B. schon etwas im Vorteil, da ihr Ansturm an Zusammenstoß dem Gegner überlegen ist. Das erste und zweite Tor, welche kurz hintereinander fielen, waren für den Torwächter der Gäste unhaltbar. Der beste Mann bei den Turnern war der Mittelstürmer, der den Sturm immer wieder nach vorne laute zu immer gefährlicheren Angriffen. Auch die Gäste waren nicht müde, doch ihre Angriffe scheiterten ohne Resultat. Die bessere Elf war und blieb Sieger. Hochbefriedigt waren auf alle Fälle auch die an circa 2000 erschienenen Zuschauer, denn dieses Spiel hatte für den Arbeiterdort die größte Brodcaanda gemacht.

Sportverein Marli A. T. B. 1b 3:0. Wie vorausgesehen, mußten die Turner sich der weitaus überlegenen Elf Marlis beugen. Jedemfalls ist Marli eine Mannschaft, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. A. T. B. Liga fährt Sonntag, den 13. März, 11:20 Uhr, nach Hamburg, um das Protektivspiel gegen Flottbek auszutragen. Dieses ist das letzte Spiel in dieser Serie, und somit sind unsere Turner Meister der Ligaklasse Hamburg.

Fußballwettkämpfe finden am Sonntag wie folgt auf der Falkenberg statt: 9 Uhr Marli VI gegen A. T. B. VI; 10½ Uhr Marli V gegen A. T. B. V; 2 Uhr Marli I gegen Oldesloe I; 2 Uhr Marli II gegen Oldesloe II; 3½ Uhr A. T. B. Ib gegen Vinneberg I. 8 Uhr in Moisling; Moisling II gegen Marli II.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 11. März.

Amliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	11. März.	10. März.
Holland	100 fl.	2182¼
Kopenhagen	100 Kr.	1085
Stockholm	100 Kr.	1412¼
Kristiania	100 Kr.	1027¼
Helsingfors	100 Finn. Mk.	178
Schweiz	100 Frs.	1062¼
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	18
Budapest	100 K.	15¼
Prag	100 K.	83
Spanien	100 Pesetas	872¼
London	1 £	245¼
Paris	100 Frs.	452
Belgien	100 Frs.	469
Italien	100 Lire	287¼
Bukarest	100 Lei	—
N. York telegr. Ausz. I Doll.	62¾	68¾
do. biell. Ausz. od. Scheck	62¾	68¾

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

I. Nach Dänemark und West-Schweden.

Kopenhagen, Malmö, Sandström, Helsingborg, Valmstadt, Warberg und Gothenburg, etwa drei bis viermal wöchentlich mit den Dampfern der Oslund-Linie „Soanen“, „Westkusten“, „Najaden“, „Malmö“ und „Åbed“ für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern „Länan“, „Nissen“, „Falken“ und „Ludwig Kolberg“ nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer „Westkusten“ am 15. März. Dampfer „Falken“ am 17. März. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 17, Schiffsmakler: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Kopenhagen mit Umladung nach Aarhus, Aalborg, Vejle, Rolding, Randers, Odense, Fredericia, Horsens, Island, West-Norwegen und Amerika etwa ein bis zweimal wöchentlich ein Dampfer der

Forenede Dampfskibs-Selskab in Kopenhagen. Die Dampfer nehmen außer Fracht auch, soweit möglich, Passagiere mit. Nächste Expedition: Dampfer „Vogel“ am 17. März. Vertreter für den Personen- und Frachtverkehr: S. M. Gebrüder, Lübeck, Gr. Altesfähre 20.

II. Nach Süd-Schweden.

Stockholm eventl. auch Kalmar, ein bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Rederi-Attebolaget „Svea“ in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer „Uranla“ am 15. März nach Kalmar und Stockholm. Nach Oskarshamn und Wellerwik je nach vorliegender Ladung. Vertreter für den Personenverkehr: Lüders & Stange, Untertrave 17, für den Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Stockholm, eventl. auch andere Plätze anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Skandinavischen Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Dana“ am 15. März. Vertreter: Lilienfeld & Hager, Lübeck, Gr. Altesfähre 8.

III. Nach Süd- und West-Norwegen.

Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Søndensfeld-Morske Dampskibsselskab“ sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rong Inge“ am 14. März. Vertreter: Rob. M. Glomann jr., Altesfähre 88.

Stien, Drammen und Christiania alle 10 bis 14 Tage mit Dampfern der „Feldlinien“ in Christiania sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Dora“, ladereit am 18. März. Vertreter für den Frachtverkehr: S. Stein, Untertrave 9.

Stavanger, Bergen, Drontheim eventl. Haugeland, Alesund, Christianund-N. und anderen norwegischen Plätzen etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Jo“ etwa 20. März. Vertreter: Nord's Transport-Compagnie C. S. W. Blaus & Co., Hafenstraße 8.

IV. Nach Finnland.

Helsinki a. fors wöchentlich einmal mit Dampfern der „Finska Anforts-Attebolaget“ in Helsinki; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Baltic“ am 19. März.

Wasa, Mantyluo, Raumo, Jaeskad sowie Wibora-Rotta wegen Eises geschlossen. Vertreter für den Frachtverkehr: Deutsch-Finnländische Dampferexpedition S. M. H. S., Untertrave 49.

Helsinki a. fors. Birte Viktor St. etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Stockholm“ am 16. März.

Ubo. Ein- bis zweimal monatlich. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Nächste Expedition: Dampfer „Astoria“ voraussichtlich Ende nächster Woche. C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Ubo, etwa zweimal monatlich mit Dampfern der „Anforts-Attebolaget, Transto“ in Ubo. Nächste Expedition: Dampfer „Finnland“ am 24. März. Personen- und Frachtverkehr: Biehl & Gehling, Schiffahrtskontor, Bekkergrube 89.

Ubo. Alle 14 Tage ein Dampfer der Finnland-Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Aranda“ am 28. März. Vertreter: Korpas & Tuomaala, Engelgrube 60.

V. Nach Lettland und Estland.

Riga und Reval. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Elbe“ am 4. März. Dampfer „Finnland“ am 31. März. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Große Altesfähre 21.

VI. Nach deutschen Offshären.

Burg und Orth a. F. sowie Kiel. Alle 8 Tage Dampfer „Schmarn“, Personen- und Frachtbeförderung. Vertreter: Laht & Severin, Schäfelbuden 15.

Wisnar, Rostock, Stettin und Zwillshenstationen. Wöchentlich einmal mit Dampfern der „Nippen-Linie“, bei Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „aw“ am 15. u. 19. März. Vertreter: Wm. Winlos, Bekkergrube 52.

Rostock, Stralsund, Stettin und Rönigsberg etwa alle 10 bis 14 Tage. Nächste Expedition: Dampfer „Wilhelm Lübeck“ am 18. März. Vertreter: Franz Gehrich, Untertrave 84.

Gildampferverbindung von Lübeck nach Magdeburg mit Umladung nach Berlin, Dresden, Halle a. S., Breslau und Zwillshenstationen. Regelmäßige wöchentliche Expedition ab Lübeck jeden Freitag. Güterannahme durch die Magdeburger-Lübecker Schiffsahrtsgesellschaft m. b. O., Kanalstraße 11/19 und F. S. Vertling, Gr. Altesfähre 28.

Nach Lauenburg a. E. und Hamburg.

Giltschiffahrtsgesellschaft ein- bis zweimal. Güterannahme durch Lüders & Stange, Abteilung Flußschiffahrt, Kanalstr. 11/19.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Std.

Angekommen am 11. März 1921.			
D.	Stockholm	Landau	Dangö 1
D.	Daniet	Löbflott	Dangö und 3
D.	Otto Jppen	Sveoen	Hamburg 1
S.	Joachim	Gingel	Wolgast 2
Angekommen am 11. März 1921.			
D.	Otto Jppen 22	Uzel	Stralsund 2

Das Wetter der Woche.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Möltn.)
(Nachdruck verboten.)

Auch die kommende Woche (13. bis 19. März einschl.) zeigt nach unseren Untersuchungen im allgemeinen einen trockenen Witterungscharakter. Nur vereinzelt treten Niederschläge auf, besonders um den 17. ds. Mis. und am Wochenschluß. Der höchste Druck bleibt mit geringen Verschiebungen über SW. und dem südlichen Mittel-Europa herrschend und erstreckt sich in nördlichen Ausläufern bis zu unserem Bezirk. Der hohe NW. und N. des Erdteils wird meist von atmosphärischen Störungen eingenommen, die zeitweise Abweigungen nach dem Nord- und Ostgebiet entsenden und dabei wird vorübergehend die Witterung NW. und N.-Deutschlands beeinflussen. Die Bevölkerung ist nur an einigen Tagen der zweiten Wochenhälfte stark. Die Sonntag bezw. heiteren Tage überwiegen. Die Luftwärme liegt weit über dem Mittel. Keif bezw. Nachtfrost sind auch im Binnenlande selten. Der Druckverlauf entsprechend herrscht die südwestliche bis nordwestliche Luftströmung vor und erreicht nur im Küstengebiet vereinzelt größere Stärke. — Im einzelnen lautet unsere Voraussage: 13. März: Mild, zunächst stark wolfig, trocken. 14. März: Wenig Veränderung bei aufsteigenden westlichen Winden. 15. März: Heiter (S. und N.) bis wolfig (N. und W.), lebhaft nordwestliche Winde, Temperatur nachts nahe dem Gefrierpunkte im Binnenlande. Trocken. 16. März: Zunächst heiter, später im W. und N. zunehmend bewölkt bezw. trübe, stark aufsteigende südliche bis südliche Winde. Früh im Binnenlande Keif bezw. leichter Frost. Nachmittags bezw. nachts im W. und N. (Hannover, Schleswig-Holst., Hanckebude, Mecklenb.) Regenschläge. 17. März: Kühler, bedekt, vielfach starke südliche bis südwestliche Winde, vereinzelt zeitweise Regenschläge. 18. März: Zunächst sonnig, später stark wolfig, böige, nordwestliche Winde. Vorwiegend trocken. Im N. und O. vereinzelt Regen- und Graupenschauer. Sonst meist trocken. 19. März: Mild, wolfig bis trübe, lebhaft südliche Winde. Stellenweise im W. und N. Regen.

